

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 275 · 23. JAHRGANG · AUSGABE 12/2017 VOM 5. DEZEMBER 2017 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **100-Bäume-Programm & 7-9 |**
»Starkast-Entfernung«
Baumschutz in Eberswalde

Was kosten uns
die Schleusen?
Diskussion zum Finowkanal

14 | **Es war einmal**
ein Eberswalder Kabarett
Geschichten von Dr. Steffen Peltch



Foto: Gerd Markmann

Forderung der Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde«:

250.000 Euro pro Jahr für Radwege in Eberswalde

Eine wichtige Radwegeverbindung zwischen den westlichen Stadtteilen zum Zentrum war im vorigen Winter lange Zeit nicht nutzbar. Obwohl nach dem Schneefall eine längere niederschlagsfreie Frostperiode folgte, gab es auf dem sogenannten »schwarzen Weg« zwischen Brandenburgischen Viertel und dem Tierpark, der normalerweise sehr stark durch Radfahrer und Fußgänger genutzt wird, keinerlei Winterdienst. Durch zwischenzeitliches Tauwetter hatten sich die festgetretenen Schneeflächen inzwischen in eine Eisfläche verwandelt, die kaum zu überwinden war. Hartgesottene Fußgänger und Radfahrer balancierten am Wegrand entlang, um auf der spiegelglatten Weg nicht zu stürzen. (Seite 5)

Die Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« begrüßt die Initiative der Bürgerfraktion Eberswalde zur »Wiederherstellung der Zweispurigkeit je Fahrtrichtung in der Heegermühler Straße«. Das ist ein erster Erfolg. Dafür Dank an alle, die bisher unser Bürgerbegehren sowie die Online-Petition unterstützt haben.

Wir hatten uns bereits im Mai mit einem entsprechenden Vorschlag an einige Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung gewandt. Aber erst mit dem Beginn unseres Bürgerbegehrens kam Bewegung in die Sache. Die Fraktion »Bündnis 90/Die Grünen« brachten dankenswerterweise das Thema mittels einer Anfrage in die Gremien der Stadtverordnetenversammlung ein. Die Beschlußvorlage der Bürgerfraktion Eberswalde macht es nunmehr möglich, der Stadtverwaltung einen konkreten Handlungsauftrag zur baldigsten Wiederherstellung der bis Herbst 2016 geltenden Verkehrsführung in der Heegermühler Straße zu geben. Wir hoffen sehr, daß am 14. Dezember in der Stadtverordnetenversammlung eine Mehrheit für diesen Vorschlag stimmt. Wir werden unsere Unterschriftensammlung mit Nachdruck weiterführen.

Die Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« will sichere und komfortable Radwege in der Stadt Eberswalde. Die Fahrradschutzstreifen in

der vielbefahrenen Heegermühler Straße sind weder sicher noch komfortabel, sondern eine Gefahr und Behinderung für alle Verkehrsteilnehmer – nicht zuletzt für den Obus-Verkehr. Der hier fabrizierte Murks muß schleunigst rückgängig gemacht werden.

Wir votieren für intelligente Radwegverbindungen zwischen den einzelnen Stadtteilen mit Blick auf die eine gute Erreichbarkeit wichtiger Quellen und Ziele. Gut ausgebaute Radwege abseits der Hauptverkehrsstraßen mit ihren Unfallgefahren sind die vernünftige Lösung. Eine entsprechende Überarbeitung des Eberswalder Radnutzungskonzeptes gehört seit der Gründung der Bürgerinitiative zu unseren Forderungen.

Wenn demnächst in der Stadtverordnetenversammlung über einen Nachtragshaushalt für 2018 verhandelt wird, sollte auch die deutliche Aufstockung der finanziellen Mittel für den Radwegbau ein Thema sein. Aktuell gibt die Stadt rund 15.000 Euro pro Jahr aus. Wir meinen, daß das jährliche Radwege-Budget mindestens auf 250.000 Euro erweitert werden sollte.

GERD MARKMANN und Dr. ULRICH POFAHL
(Sprecher der Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde«)

Geschichtsrevisionismus

Im Zusammenhang mit der Einladung zur Amadeu-Antonio-Ehrung gibt es die erschreckte Feststellung, daß nun »erstmal Geschichtsrevisionisten und Rechtspopulisten« in den Bundestag eingezogen seien. Verkannt wird, daß dies längst Realität ist. Tatsächlich saßen seit 1949 Rechtspopulisten und erst recht Geschichtsrevisionisten im Bundestag.

Geschichtsrevision ist sogar sehr verbreitet. Selbst die Internetseite der »antifaschistischen initiative eberswalde« (afie.blogspot.de) ist davor nicht gefeit. Dort heißt es zum »Hintergrund: Wer war Amadeu Antonio?«:

»Er hoffte auf ein Studium der Flugzeugtechnik, wurde aber in Eberswalde, wie die meisten seiner Landsleute, als Fleischer ausgebildet. Nach Ablauf des Arbeitsvertrages verlängerte sich sein Aufenthalt, weil seine deutsche Freundin ein Kind erwartete.«

Die puren Fakten sind gewiß korrekt. Der geschichtlichen Realität entspricht das entworfene Bild aber nur vage. Ein Studium der Flugzeugtechnik in der DDR sah das Regierungsabkommen mit Angola wohl kaum vor. Es ging darum, angolanische Arbeitskräfte für die DDR-Volkswirtschaft zu akquirieren. Ob dabei gelebte Völkerfreundschaft oder doch bloß der Arbeitskräftebedarf im Vordergrund stand, bedarf gewiß der kritischen Analyse. Immerhin erhielt Amadeu Antonio als Vertragsarbeiter in der DDR eine Berufsausbildung. Davon können die Menschen, die heute als Flüchtlinge ins Land kommen, meist nur träumen.

Der lapidare Hinweis auf den »auslaufenden Arbeitsvertrag« suggeriert indes Normalität, die es im Jahr 1990 nicht gab. Da fällt unter den Tisch, daß sich mit der Währungsunion vom 1. Juli 1990 die Geschäftsbedingungen für die volkseigenen Betriebe grundlegend änderten. Die Regierungsabkommen wurden von der DeMiserie-Regierung gekündigt, die ausländischen Arbeitskräfte entlassen und nach Hause geschickt. Das war nicht das »SED-Regime«, sondern die »erste demokratisch gewählte Regierung der DDR«. Die Hauptbestandteile dieser Regierung hießen übrigens schon damals AfD (Allianz für Deutschland). Zugleich wurden auch Millionen DDR-Bürger quasi über Nacht arbeitslos bzw. übergangsweise zum »Kurzarbeiter Null«.

Nur wenige Ex-Vertragsarbeiter mit Familienanschluß bekamen vom neuen Staat ein Aufenthaltsrecht. In der vereinigten BRD nahmen sich dann die Rassisten beider Deutschlands die Freiheit, Menschen bloß wegen ihrer Hautfarbe ganz demokratisch zu erschlagen.

Wenn im aktuellen Rückblick die Hintergründe einfach wegetuschiert werden, können die heutigen Akteure kaum auf die gesellschaftlichen Ursachen für Rassismus, Faschismus und Krieg kommen. Ihr Tun droht sich im bildungsbürgerlichen Gutmenschentum zu erschöpfen.

Was natürlich besser ist als nichts.

GERD MARKMANN

Gedenken an Amadeu Antonio

Zum 27. Mal jährt sich am 6. Dezember 2017 der Todestag von Amadeu Antonio. Sein Tod prägt für immer die Stadt. In diesem Jahr wird Amadeu Antonio mit mehreren Veranstaltungen gedacht.

Der angolanische Gastarbeiter Amadeu Antonio war das erste Opfer rechter Gewalt nach der politischen Wende. Als 28-jähriger wurde er im November 1990 von Rechtsextremen überfallen und zusammengeschlagen.

Am 6. Dezember 1990 erlag er seinen schweren Verletzungen. In Erinnerung an den Menschen und als Mahnung, daß sich ein solches Ereignis in Eberswalde nie wieder wiederholen darf, rufen die Initiative »Light me Amadeu«, der afrikanische Kulturverein Palanca und die Stadt Eberswalde Jahr um Jahr zu einer Gedenkveranstaltung am 6. Dezember an der Gedenktafel in der Eberswalder Straße auf. In diesem Jahr beginnt die Veranstaltung bereits um 16 Uhr. Anschließend finden sich die Organisatoren im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio ein, wo ab 17 Uhr die Nacht der Jugend stattfindet. Die Jugendlichen können sich dort in verschiedenen Workshops mit den Themen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nach dem Motto Menschenrechte und Freiheit für alle auseinandersetzen. Unterstützt werden die Akteure hierbei von der Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit.

Bereits im November fanden zwei weitere thematische Veranstaltungen statt. Am 18. November 2017 findet um 18 Uhr ein Vortrag mit anschließender Diskussion zum Thema »Geteilte Geschichte?! Anregungen aus postkolonialer Perspektive« im Martin-Luther-Saal in der Kirchstraße 7 statt.

Am 28. November 2017 wurde der zweite Amadeu Antonio Preis der Amadeu Antonio Stiftung und der Stadt Eberswalde verliehen. Sieben Nominierte konnten sich von insgesamt 60 Einreichungen durchsetzen. Die Verleihung findet im Saal des Bürgerbildungszentrums Amadeu Antonio in der Puschkinstraße 13 statt.



Foto: GERD MARKMANN

Engagierte Kunstprojekte geehrt

Amadeu Antonio Preis 2017 für Tribunal »NSU-Komplex auflösen«

Mit dem Amadeu Antonio Preis 2017 wurde am 28. November in Eberswalde der Verein LÜCKENLOS E.V. aus Köln ausgezeichnet. Der mit 3000 Euro dotierte Hauptpreis würdigt das Kunstprojekt Tribunal »NSU-Komplex auflösen«. Der NSU-Prozess nähert sich dem Ende. Die versprochene Aufklärung über die rechten Netzwerke und staatliches Versagen fand nicht statt. Das Tribunal-Netzwerk lenkt immer wieder die Aufmerksamkeit auf die staatlichen Strukturen, die die Verbrechen des NSU tatenlos beobachtet, indirekt unterstützt oder die Aufklärung verschleppt haben. Im Mai 2017 kamen mehr als 3.000 Aktivisten zum Tribunal in Köln zusammen. Filme, Theateraufführungen und Ausstellungen gaben den Perspektiven der Betroffenen und ihrer Angehörigen eine Bühne. Zum Abschluss klagte das Bündnis symbolisch rechten Terror, staatliche Verstrickungen und gesellschaftlichen Rassismus an.

»In Zeiten, da öffentliche rassistische Parolen wieder traurige Realität werden, brauchen wir engagierte Künstler, die daran erinnern, wie gefährlich es für uns alle ist, wenn Rechtsextremismus kleingeredet und Opfer zu Tätern gemacht werden«, so ANETTA KAHANE von der Amadeu Antonio Stiftung. »Die Kunst kann den Finger in die Wunde legen, wo Politik und Medien sich scheuen, klar Stellung zu beziehen und Rassismus als solchen zu benennen.«

Ein weiterer mit 1000 Euro dotierter Preis wurde verliehen an Evelyn Rack und Billie Mind für die interaktive Ausstellung »Add your Heroine!« Das Projekt bricht mit traditionellen Rollenvorstellungen und fordert das Publikum auf, die Sammlung mit eigenen Heldinnen zu ergänzen. Ebenfalls mit einem Preisgeld von 1000 Euro ausgezeichnet wurde Raman Zaya für die literarische Performance »träumen auf deutsch ohne untitled«. Seine Fluchtgeschichte von Teheran nach Deutschland bildet den Rahmen für eine Performance, die alle Sinne anspricht und Fragen nach Heimat und Zugehörigkeit neu stellt.

Die Laudationes hielten die Sängerin MARIANNE ROSENBERG, der Architekten VAN BO LEMENTZEL und der Eberswalder Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI. Zur Jury gehörten neben den dreien auch die Schriftstellerin PHAM THI HOAI, die Künstlerin und Aktivistin NOAH SOW, die Journalistin GÜNER YASEMIN BALCI, der Künstler FABIAN BECHTLE sowie AUGUSTO MUNJUNGA vom Afrikanischen Kulturverein »Palanca« in Eberswalde. Der nach Amadeu Antonio benannte Preis wird alle zwei Jahre von der Amadeu Antonio Stiftung und der Stadt Eberswalde vergeben und würdigt diejenigen, die sich in kreativer und künstlerischer Form gegen Rassismus und Diskriminierung stark machen.

BRITTA KOLLBERG

Diese B 167 neu brauchen wir nicht

Unter dieser Überschrift hat die BBP ihre Leser seit Februar 2017 über den aktuellen Planungsstand zur B 167 neu informiert. Anlaß dafür war die Verabschiedung des Bundesverkehrswegeplanes als Ausbaugesetz durch den Bundestag im Dezember 2016. Die B 167 neu ist in diesem Gesetz als vordringliche Maßnahme enthalten, d.h. die Realisierung ist Gesetz.

Die Straße wird in zwei Bauabschnitten geplant. Der erste Abschnitt ist das Teilstück zwischen der Kaiserwegbrücke (Brücke im Zuge der B 167 alt über die Havel-Oder-Wasserstraße 2 km westlich von Finowfurt) und der L200 (Landesstraße zwischen Eberswalde und Angermünde). Dieser Abschnitt war Gegenstand der Informationsserie in der BBP.

Der zweite Bauabschnitt zwischen der L 200 und der B 167 alt östlich Hohenfinow befindet sich noch in einer sehr frühen Planungsphase. Geplant wird hier nicht – wie beim ersten Bauabschnitt – durch den Landesbetrieb für Straßenwesen in Eberswalde sondern durch die Firma DEGES in Berlin im Auftrag des Bundes.

Zum ersten Bauabschnitt läuft derzeit durch den Landesbetrieb ein sogenanntes Deckblattverfahren. Gegenstand dieses Verfahrens sind Änderungen gegenüber den vorliegenden Ent-

würfen zur Planfeststellung. So soll es nun weitergehen: Die Ergebnisse des Deckblattverfahrens werden dem Landesamt für Bauen und Verkehr in Hoppegarten als Anhörungsbehörde vorgelegt. Es entscheidet dann über Erörterung, Anhörungen und den Umgang mit weiteren Stellungnahmen. Die Ergebnisse gehen zurück an den Vorhabenträger (Landesbetrieb). Wenn alles, wie vom Landesbetrieb in Eberswalde erhofft, glatt läuft, dann geht der Vorhabenträger davon aus, daß Anfang 2020 (Wunschtermin!) Baurecht erteilt werden kann. Sollte es weitere grundsätzliche Einwendungen geben oder sollte es gar zu Gerichtsverfahren gegen die Ausbaupläne kommen, kann nicht planfestgestellt werden. Dann wird es bei der Erteilung des Baurechts zu weiteren Verzögerungen kommen. Vermutungen, daß es schneller gehen könnte, entbehren jeder

Grundlage, genau so wie Hoffnungen, daß die Maßnahme irgendwann doch aus dem Gesetz gestrichen wird.

In Ausgabe 11/2017 der BBP hat Oskar Dietterle für ein neues Verkehrskonzept für Eberswalde plädiert. Ein solches Konzept ist dringend erforderlich, wird aber – das ist meine ganz persönliche Meinung – in absehbarer Zeit nicht realisierbar sein. Innerstädtische Verkehrslösungen haben zudem nur bedingt, eher nichts zu tun mit der B 167 neu, die in den Planungsunterlagen immer noch irreführend als »OU« (Ortsumgehung) bezeichnet wird. Der Bund will und wird – wann auch immer – diese Straße bauen. Wir werden nicht gefragt und müssen mit den Folgen leben – wenn nicht mehr wir, so doch unsere Nachkommen.

Übrigens: Der Kahlschlag südlich der Havel-Oder-Wasserstraße zwischen Mäckerseebrücke und Finowfurt (siehe BBP 11/2017, S. 3) erfolgt nach Auskunft des Wasserstraßenamtes in Eberswalde im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Verbreiterung des Kanals. Wenn daneben dann auch noch die B 167 neu gebaut werden sollte, dann wird es diesen Wald nicht mehr geben.

JOHANNES MADEJA

Tourismusboom mit oder ohne Eberswalde?

Dies ist eine der Fragen, denen sich die Mitglieder der fünfköpfigen Delegation des Vereins Unser Finowkanal e.V. kürzlich im polnischen Torun stellen mußten. Die Initiative ist Deutschland-Partner im international besetzten EU-Watertour-Projekt, dessen Ziel die wassertouristische Zusammenarbeit mit den Nachbarländern ist. Längst ist die Tatsache bekannt, daß gerade in industriell abgehangenen Regionen der Tourismus für Beschäftigung und neue Arbeitsplätze sorgt. Überproportional steigt schon die Zahl polnischer Gäste, die auch auf dem Wasserweg unsere naturreiche und industriekulturell geprägte Region erkunden wollen. Im einjährigen Projekt, das die Initiative gemeinsam mit Litauen und Polen im polnischen Torun begann, werden die Grundlagen

für ein weit größeres Folgeprojekt gelegt, an dem sich auch weitere regionale Organisationen beteiligen sollen.

Die weitere Entwicklung des Wassertourismus entlang der Internationalen Wasserstraße E70, deren Kernstück der historische Finowkanal ist, hängt nicht zuletzt von den Eberswalder Stadtverordneten ab, deren bevorstehende Entscheidung zum Erhalt des Finowkanals die Weichen für die kommenden Jahrzehnte stellt: Wird auch unsere Stadt und werden auch die Kommunen am Finowkanal vom boomenden Wassertourismus profitieren, oder geht die Entwicklung über den Oder-Havel-Kanal an uns vorbei?

Prof. HARTMUT GINNOW-MERKERT
Unser Finowkanal e.V.

www.barnimer-buergerpost.de

Muslimische Gräber

Eberswalde (bbp). Am 26. Oktober haben die Eberswalder Stadtverordneten die »Rücknahme der Schließung des Reviers 42 auf dem Waldfriedhof Eberswalde« beschlossen. Damit werde eine Teilfläche geschaffen, »auf welcher muslimische Verstorbene entsprechend ihrer Tradition bestattet werden können. Durch die bereits vorhandene Grabart 'Einzelwahlgrab' kann nach der Einrichtung des entsprechenden Friedhofsteils diese Nutzung erfolgen.« Die zunächst im Entwurf enthaltene Einschränkung »durch die muslimische Gemeinde in Eberswalde und durch den Landkreis Barnim« wurde vor der Beschlußfassung gestrichen. Damit wird klar gestellt, daß gemäß der Friedhofssatzung hier auch ortsfremde Muslime bestattet werden können.

In den Änderungen der Friedhofs- und der Friedhofsgebührensatzung, die im Dezember auf der Tagesordnung stehen, werden die muslimischen Gräber nicht erwähnt, da diese schon durch die Grabart »Einzelwahlgrab« erfaßt sind, deren Tarife sich nicht ändern. Änderungen in der beiden Satzungen sind notwendig, weil im Revier 42 die neue Grabstätte »Rhododendronhain« eingerichtet wird und ihren entsprechenden Niederschlag in den Satzungen finden muß.

Der geplante Kostendeckungsgrad für 2018/19 liegt für die Grabnutzungsgebühren bei 78,58 % und für die Friedhofskapellen bei 99,49 %. Damit soll der »bereits eingeschlagene Weg zur Stärkung der Nachfragesituation und Stabilisierung der Wirtschaftlichkeit ... weiterhin beibehalten werden«.

Thema der Stadtverordneten

Wiederherstellung der Zweispurigkeit je Fahrtrichtung in der Heegermühler Straße

Eberswalde (bbp). Wie bereits vor einiger Zeit angekündigt, ist die Bürgerfraktion Eberswalde für die Dezembersitzung der Stadtverordnetenversammlung zum Thema Radwege aktiv geworden. Die Stadtverwaltung soll beauftragt werden, »Varianten zur Wiederherstellung der zwei Fahrspuren je Fahrtrichtung mit Radweg in der Heegermühler Straße zwischen Drehnitzund Boldtstraße bis Juni 2018 vorzulegen«.

Weder dem Fahrrad- noch dem Kfz-Verkehr, schreibt die Fraktion in der Begründung, werde die zurzeit bestehende Regelung gerecht. »Der überwiegende Teil der Radfahrer benutzt wegen eigener Sicherheitsbedenken nach wie vor den Bür-

gersteig und durch die Einspurigkeit werden unnötiger Weise Verkehrshemmnisse wie Stau, fehlende Abbiegegelegenheiten usw. beim Kfz-Verkehr verursacht. Um eine bessere Situation für alle Verkehrsteilnehmer zu erreichen, muß eine bauliche Lösung geschaffen werden.«

Nach den Vorberatungen am 5. Dezember im Ausschuß für Bau, Planung und Verkehr und am 7. Dezember im Hauptausschuß, werden die Stadtverordneten am 14. Dezember darüber entscheiden. Die Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« wird am 12. Dezember über die neue Situation beraten.

(Seite 1 und 7)

»Starkast-Entfernung«

Am Anfang der vorletzten Novemberwoche stellten Mitarbeiter des städtischen Bauhofes Halteverbotschilder in der Prenzlauer Straße auf. Es würden »Baumfällarbeiten« stattfinden, war dem Zusatzschild zu entnehmen. Der befragte Bauhofmitarbeiter wußte nichts genaueres: »Wir haben nur den Auftrag, die Schilder aufzustellen«.

Schon Anfang 2017 stand in der Prenzlauer Straße die Fällung des gesamten Altbaumbestandes auf dem Plan. Die Eschen-Ahorne waren vor etwa 35 Jahren beim Bau des Wohngebiets gepflanzt worden und haben ihr natürliches Alter von bis zu 50 Jahren fast erreicht. Die Baumreihe in der Prenzlauer Straße sah entsprechend aus. Neben Lücken und Bäumen mit hohem Totholzanteil gab es aber auch viele vitale Exemplare. Nach Gesprächen mit Anwohnern ließ die zuständige Stadtverwaltungsmitarbeiterin Christin Zierach von ihrem Ansinnen der Komplettfällung ab. Gut die Hälfte des Bestandes fiel dennoch der Fällung im Februar 2017 zum Opfer. Aber einige Altbäume blieben stehen, um der Vogelwelt einen Übergang zu ermöglichen, bis die Neupflanzungen soweit herangewachsen sind, daß sie die Funktion der Altbäume übernehmen können. Das wird gewiß noch einige Jahre dauern.



Foto: UTE MARKMANN

Nun ließen die aufgestellten Warnschilder die Alarmglocken klingeln. Eine Nachfrage bei Christin Zierach suggerierte jedoch Entwarnung. »Wir entfernen nur einen angebrochenen Starkast«, teilte sie am Morgen des 23. Novembers mit. Eine Stunde später rückte das Sägekommando vom städtischen Bauhof an. Den Arbeitern war die Beschränkung auf einen angebrochenen Starkast offensichtlich nicht mitgeteilt worden. Vielleicht hatten sie auch bloß eine besondere Vorstellung vom Begriff »Starkast«. Jedenfalls setzten sie die Säge unmittelbar über dem Boden an.

Eine Stellungnahme seitens der Stadtverwaltung gab es trotz Nachfrage nicht.

GERD MARKMANN

Abschluß des 100-Bäume-Programms 2017

Eberswalde (prest-ew). Herbstzeit ist Pflanzzeit! So auch für die Mitarbeiter des städtischen Bauhofes. Nachdem im Frühjahr bereits zahlreiche Bäume und Sträucher ein neues Zuhause im Stadtgebiet gefunden haben, werden aktuell die letzten Pflanzarbeiten vor der Winterpause durchgeführt. Insgesamt werden etwa 1100 Gehölze und 62 Bäume nach den Plänen des Tiefbauamtes in der Stadt verteilt.

Schwerpunkt ist der kurz vor der Fertigstellung stehende, erste Bauabschnitt der Fritz-Weineck-Straße im Eberswalder Ortsteil Finow. »Besonderes Augenmerk haben wir bei dieser Maßnahme auf insektenfreundliche Sorten und ein möglichst kontinuierliches Blühangebot gelegt«, erläutert Eberswaldes Baudezernentin ANNE FELLNER die Auswahl der Bäume und Sträucher. »So bieten Weigeln, Hartriegel oder Ginster Insekten Nahrung, vor allem im Frühjahr, während Sommerflieder und Winterlinden vom Sommer bis in den Herbst hinein blühen. Der ge-

stalterische Aspekt bleibt dabei natürlich nicht auf der Strecke«, versichert die Baudezernentin weiter. Im Bereich des ehemaligen Bypasses am Kopernikusring werden daher mehrstämmige Birken mit ihrer markanten Rindenfarbe den Eingang zur Fritz-Weineck-Straße säumen.

Neben blühenden Sträuchern und Bäumen ist für einige Areale die Anlage von sogenannten Blühwiesen geplant, die durch ihre Artenvielfalt und extensive Pflege wertvolle Rückzugsorte und ganzjährig Nahrungsquellen für Insekten bereitstellen. Die Stadt möchte mit dieser Maßnahme einen aktiven Beitrag gegen das seit Jahren dramatisch zunehmende Insektensterben leisten und sich somit für den Erhalt der Biodiversität im Stadtgebiet einsetzen.

Insgesamt wurden im aktuellen Jahr 258 Bäume und etwa 1800 Sträucher und Boden-decker durch den städtischen Bauhof gepflanzt und damit das Ziel des städtischen 100-Bäume-Programms mehr als erfüllt.

Boxenstopp weiterführen

Fraktion »DIE LINKE« beantragt Finanzierung aus dem Stadthaushalt

Eberswalde (bbp). »Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister, Mittel zur Weiterführung des Projektes Boxenstopp bereitzustellen.« So lautet ein Beschlusstext, den die Eberswalder Linksfraktion zur StVV-Sitzung am 14. Dezember eingereicht haben.

Das Projekt Boxenstopp, begründen die Linken ihren Vorschlag, sei über die Grenzen der Stadt hinaus ein anerkanntes Projekt, das Kinder zu Toleranz, Gewaltfreiheit und demokratischem Handeln erzieht. Das Land hat die bisherige Finanzierung eingestellt, weil das Projekt fast ausschließlich an der Schwärzeseeschule agiert. Aufgrund der fehlenden Förderung kann der Träger die Kosten i. H. v. 50.000 Euro jährlich künftig nicht mehr aufbringen.

»Da sich die Situation im Brandenburgischen Viertel und damit an der Schwärzeseeschule aber prognostisch insbesondere durch die erfolgte Ansiedlung von Migranten eher zuspitzen wird«, so die Einreicherfraktion, »scheint die Weiterführung des Projektes geboten«.

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Variante, die beiden Sozialpädagogen an der Schule könnten ebenfalls Anti-Aggressionskurse anbieten, erscheint den Linken unrealistisch, »da diese bereits jetzt mit ihren Aufgaben vollumfänglich ausgelastet sind. Neben der halben Stelle für den Projektleiter fehlen auch die sächlichen Mittel um das Projekt fortzuführen. Daher scheint es unerlässlich, die Finanzierung zunächst über städtische Mittel sicherzustellen.«

Die Gelegenheit, zusätzliche finanzielle Mittel einzusetzen, scheint günstig, da die Stadtverwaltung ohnehin mittels Nachtragshaushalt neben mehreren geplanten Höhergruppierungen auch erneut zusätzliche Personalstellen schaffen will. Neben 9 Erzieherstellen (32-Wochenstunden-Teilzeit) sollen 6 neue Vollzeitstellen im Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft, für eine Referentenstelle für Teilhabe und Integration sowie im Bauhof entstehen. Ähnliche Stellenplanausweitungen gab es bereits im April 2016 und im März 2017.

Bau eines Radweges gefordert

Für den Bau eines Radweges entlang der Blumberger Chaussee schlagen wir vor, die Mittel der gescheiterten Kreisgebietsreform zu verwenden. Die Bürgerbewegung BVB/Freie Wähler wird hierzu auf städtischer, kreislicher und Landesebene entsprechende Anträge einbringen. Die Blumberger Chaussee stellt schon für Auto- und Motorradfahrer hohe Ansprüche. Radfahrer sind durch die zugelassene Höchstgeschwindigkeit von 100 km/h und wegen der Sicherheitsleitplanken für Autofahrer stark gefährdet. Vor allem jetzt zur dunklen Jahreszeit sind sie nur schwer zu erkennen,

auch wenn ausreichend Beleuchtung vorhanden ist. Für Radfahrer besteht in den Kurven keine Möglichkeit, schnell auszuweichen, sollten ihnen Fahrzeuge doch zu nahekommen.

Zugleich ist zu beachten, daß die Strecke zwischen Bernau und Blumberg zwei wachsende Gemeinden verbindet, die die nötige Gewähr bieten, daß diese Investition nachhaltig ist. Aus diesem Grund fordern wir nun endlich die Errichtung eines Radweges, damit auch die schwächeren Verkehrsteilnehmer ausreichend Schutz erfahren.

PÉTER VIDA

Widerstand gegen Fehlvariante

Ich bin Autofahrer und Radfahrer, daher halte ich den Schutzstreifen in der Heegermühler Straße für fachlich nicht richtig angelegt, was ich auch schon in mehreren Leserbriefen an die MOZ zum Ausdruck gebracht habe. Es kann nicht sein, daß keiner an der Sparvariante von Frau Fellner rütteln darf. Was einmal Frau Fellner festgelegt hat, ist für alle Zeit richtig. Die Lösung, Hauptsache viele

Kilometer, egal ob sie so Sinn machen, das kann es nicht sein. Um Sicherheit kann es dabei nicht gehen, ansonsten müßte die Rathauspitze im Winter doch viel mehr darauf achten, daß die Radwege zeitnah geräumt werden. Das ist aber nicht der Fall.

Ich finde es Richtig, daß es gegen diese Fehlvariante einen größeren Widerstand gibt.

OLAF MURAWSKI

Aufstand gegen den Widerstand!

In der Märkischen Oderzeitung war am 10.11.2017 unter der Überschrift »Widerstand gegen Schutzstreifen wächst« ein Artikel über die mit dem Bürgerbegehren der Initiative »Radwege in Eberswalde« verbundene Unterschriftensammlung zu lesen.

Aber – worum geht es dieser Bürgerinitiative überhaupt wirklich? Um Stadtpolitik? Um ein gut ausgebautes Radwegenetz, das das Prädikat fahrradfreundlich verdient? Oder vielleicht sogar um eine auf die Zukunft ausgerichtete Verkehrsplanung? Wohl kaum! Dieser Bürgerinitiative geht es darum, alles wieder zurückzudrehen! Damit die Autofahrer es wieder schön bequem haben. Und damit sie sich um die zukünftige Verkehrsgestaltung scheinbar keinen Kopf mehr machen brauchen.

Denn: wenn es den Initiatoren um eine der skizzierten Fragen gegangen wäre, hätten sie zuerst einmal den Dialog gesucht – mit der Stadt, den politischen Kräften und vor allem mit den Radfahrenden in Eberswalde.

Aber obwohl all dies in Eberswalde sehr gut möglich ist, ist es offensichtlich unterblieben. Denn in der Barnimer Bürgerpost oder auf den Facebook-Seiten und in den Kommentaren der MOZ wird die Meinung vertreten, es sei alles an den Bürgern der Stadt vorbei geplant worden und Radfahrende werden wieder zurück auf den Bürgersteig verwiesen. Dabei gab und gibt es in Eberswalde die Möglichkeit, aktiv an der Gestaltung der Radwege teilzunehmen. Im Jahr 2014 hatten die Bürger in Eberswalde beispielsweise die Möglichkeit, sich über die Bürgerbeteiligungsplattform zum Radnutzungskonzept einzubringen. Die Unterlagen dazu sind transparent auf den Webseiten der Stadt Eberswalde einzusehen und in den Fachausschüssen können in der Einwohnerfragestunde Fragen gestellt oder Statements abgegeben werden. Es steht allen Bürgern auch frei, sich an ihre politischen Vertreter zu wenden – WENN MAN DENN WILL.

Und wenn man will, beschäftigt man sich auch mit den rechtlichen Grundlagen und kommt schnell zu dem Schluß, daß die früheren benutzungspflichtigen gemeinsamen Geh- und Radwege gar nicht wiederhergestellt werden können, da sie aufgrund der fehlenden Breite der Fahrbahn gar nicht zulässig sind. Man könnte sich auch damit auseinandersetzen,

daß das Planen, Bauen und Betreiben der Landesstraßen in die Zuständigkeit des Landesbetrieb Straßenwesen fällt, der gerade an personellen Engpässen leidet, weswegen auch die geplanten Audits nicht durchgeführt werden können. Man könnte sich sogar mit dem Unterschied zwischen Radweg, Radstreifen, Schutzstreifen (ein solcher ist in der Heegermühler Straße angelegt worden), »protected bike lanes«* etc. auseinandersetzen, den mancher nicht verstehen will. Wenn man sich dann aber die Begründung der Menschen auf Facebook oder der Unterzeichnenden der Online-Petition zum Rückbau des Fahrradschutzstreifens durchliest, muß man den Eindruck gewinnen, daß sich die meisten nicht mit dem Thema auseinandergesetzt haben. Verständlich – es ist ja auch viel bequemer, die zum Beispiel in der Barnimer Bürgerpost oftmals vorgefundene Meinung anderer aufzugreifen. Hier schreibt Herr Markmann unter anderem, daß es im Bürgerbegehren der Initiative »Radwege in Eberswalde« um die Frage ginge, ob man für die Rückabwicklung der »Markierung Radfahrstreifen« in der Heegermühler Straße und für die Wiederherstellung des vorherigen Zustandes einschließlich der Freigabe der Gehwege für die Radnutzung sei. Tatsächlich lassen jedoch weder die ausliegenden Unterschriftenlisten noch die Online-Petition zum »Rückbau des Fahrradschutzstreifens Heegermühler Straße in Eberswalde« eine Möglichkeit, sich für die Beibehaltung geschweige denn für den Ausbau von fahrradfreundlichen Maßnahmen auszusprechen. Angesichts der Verweigerung der Beleuchtung aller zur Information benötigten Seiten durch die Petenten und angesichts der somit stattfindenden gezielten Desinformation, wird es jetzt wohl Zeit für einen Aufstand gegen den Widerstand!

Nachsatz: Am 5.12. wird sich um 18.15 Uhr im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt die AG Rad Eberswalde vorstellen. Diese sieht sich als Vertreterin vorrangig für die Interessen der Radfahrenden. Die AG Rad hat es sich zum Ziel gesetzt, in der Stadt Eberswalde den Radverkehr als gleichberechtigten Baustein eines umfassenden, nachhaltigen und zukunftsfähigen Mobilitätskonzepts zu fördern und somit die Lebensqualität der Stadt weiter zu erhöhen.

FABIAN WULF

Radnutzungskonzept

In der Sitzung des städtischen Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt am 5. Dezember steht im Punkt »Informationen aus der Stadtverwaltung« die Vorstellung einer AG Rad auf der Tagesordnung. Die Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« begrüßt den Schritt der Stadtverwaltung, eine solche speziell mit dem Radverkehr in Eberswalde befaßte Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen. Wir würden uns freuen, wenn auch wir uns künftig in dieser AG engagieren könnten.

Aktuell ist das wichtigste Anliegen der Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde«, das seit Ende September laufende Bürgerbegehren zur Verkehrsführung in der Heegermühler Straße weiter voranzutreiben. Hier sind mit Stand vom ersten Dezember-Wochenende 146 Listen im Rücklauf eingegangen mit insgesamt 1081 Unterschriften.

Wir haben bereits in unserer ersten Pressemitteilung vom 14. Mai 2017 deutlich gemacht (siehe: <http://radwege.alternative-eberswalde.de/>), daß dies nur eine erste Sofortmaßnahme sein kann und eine Novellierung des Radnutzungskonzeptes der Stadt Eberswalde notwendig ist. Dabei muß insbesondere das Leitbild überarbeitet werden. »Anstelle der Priorität durchgehender Radschnellverbindungen entlang der Bundes- und Landesstraßen – mit den inzwischen bekannten Mängeln – sollten künftig intelligente Radwegverbindungen zwischen den einzelnen Stadtteilen mit Blick auf die Erreichbarkeit wichtiger Quellen und Ziele im Vordergrund stehen«, formulierten wir damals.

Im Rahmen des Schwerpunktthemas »Radwege in Eberswalde« in der Juni-Ausgabe der Barnimer Bürgerpost bot sich die Gelegenheit, ausführlicher darauf einzugehen. Die dort veröffentlichten Analysen machten deutlich, daß der Radverkehr in Eberswalde unter einer totalen Unterfinanzierung leidet. Während der Nationale Radverkehrsplan für Städte wie Eberswalde mindestens 8,20 Euro pro Jahr für den Radverkehr vorsieht, sind im aktuellen Haushalt weniger als 1 Euro pro Jahr eingestellt (vgl. PM Nr. 4 vom 14.06.2017).

Diese Sparvariante ist das Resultat des Radnutzungskonzeptes von 2015. Um hier etwas zugunsten des Radverkehrs zu ändern, ist eine Novellierung des Radnutzungskonzeptes dringend notwendig. Wenn die AG Rad sich dem widmet, sind wir dabei.

Dr. ULRICH POFAHL

Kontakt: radwege@alternative-eberswalde.de. Weitere Informationen zur Bürgerinitiative und zu den Sammelstellen im Internet unter <http://radwege.alternative-eberswalde.de>.

* »Protected Bike Lanes«: Die Idee dazu kommt aus den USA und es gibt noch kein deutsches Äquivalent. Übersetzen könnte man dies in etwa mit »geschützte Radfahrstreifen«. Im Prinzip sind darunter auf Fahrbahnniveau liegende Radwege, die von der Fahrbahn mit durchgezogener Linie und baulich etwa durch Poller o.ä. abgetrennt sind, zu verstehen.

Kein Gesetzloser

Rebellen sind Leute, die, aus welchen Motiven auch immer, gegen die herrschende Rechtsordnung (meistens ist es eine Unrechtsordnung) mit gesetzwidrigen Mitteln rebellieren. Als Beispiele mögen genügen: Klaus Störtebecker, Robin Hood und Michael Kohlhaas. In diese »Schublade« paßt Albrecht Triller nicht, den die lokale Tageszeitung anlässlich seines 80. Geburtstages als »Sozialrebell« bezeichnete (»Das Gegenteil der drei Affen« in MOZ, 26./27.11.2017). Er ist ein Mann, der, obwohl selbst wahrlich nicht dazugehörig, sich immer für die sozial Schwachen eingesetzt hat. Er hat, stets auf dem Boden geltender Gesetze stehend, Ungerechtigkeit und gesetzwidriges Handeln von Behörden und Amtspersonen angeprangert, nicht immer, aber oft mit Erfolg. Die Eberswalder sind ihm, mehr als jeder Partei und jedem Abgeordneten, Dank schuldig. Die Bezeichnung Sozialrebell, sie mag ja positiv gemeint gewesen sein, ist ehrabschneidend, unpassend und vollständig daneben!

JOHANNES MADEJA

Gefahren in der Dunkelheit

Vor allem Schönowener Schüler sind täglich mit dem Fahrrad in Richtung Bernau unterwegs, um zur Schule zu fahren. Dabei benutzen sie hauptsächlich die Bernauer Allee, die ab dem Ortseingangsschild »Bernau« zur Schönowener Chaussee wird. Es gibt hier einen ausgebauten Radweg, der parallel zur Fahrbahn verläuft und der in beide Fahrtrichtungen benutzt werden darf.

Das Problem ist, daß es auf diesem Abschnitt zwischen Bernau und Schönow keine Straßenbeleuchtung gibt. Dies sorgt besonders in der dunklen Jahreszeit für Gefahrensituationen. Dadurch sind die Einwohner gezwungen, selbst zu handeln: Wer schnell mal einkaufen gehen möchte, nimmt eine Taschenlampe mit und Autos schalten häufig Fernlicht ein. Der Weg wird auch gerne von Hundebesitzern genutzt, was ab und an zu Schreckmomenten für Radfahrer führen kann. So berichten es zahlreiche Anlieger...

Deswegen fordert die Bernauer Stadtfraktion BVB/Freie Wähler eine ausreichende Straßenbeleuchtung an der Schönowener Chaussee zu errichten. Daran könnten sich in Zukunft alle Verkehrsteilnehmer orientieren und das Sicherheitsgefühl würde enorm steigen.

Verkehrssicherheit muß Vorrang haben; vor allem sind täglich sehr viele Schüler auf diesem Weg unterwegs. Die Fraktion hat daher für die Stadtverordnetenversammlung im Dezember einen entsprechenden Antrag eingereicht.

PÉTER VIDA

Frohe Weihnachten, einen besinnlichen Jahreswechsel und einen guten Rutsch in ein erfolgreiches Jahr 2018 wünschen
Verein und Redaktion der Barnimer Bürgerpost

Bernau für alle!

Teilhabe für Menschen mit Behinderung fördern

Bernau hat sich zum Ziel gesetzt, barrierefreie Stadt zu werden. In dieser Hinsicht sei in den letzten Jahren baulich schon etliches erreicht. So resümierte die Fraktionsvorsitzende, Dr. DAGMAR ENKELMANN, zu Beginn der Veranstaltung und dankte vor allem dem Behindertenbeirat der Stadt für seine kritische Begleitung der Stadtpolitik.

Aber es bleibe noch viel zu tun, um Menschen mit Beeinträchtigungen die Teilhabe am öffentlichen Leben umfassend zu gewährleisten, wie es in der UN-Konvention zu den Rechten von Behinderten vorgesehen sei, setzte sie hinzu. Ziel müsse es sein, Inklusion und Teilhabe vor Ort umzusetzen.

Darüber entspann sich eine rege Debatte auf der öffentlichen Veranstaltung, zu der die Linksfraktion Bernau in den AWO-Treff eingeladen hatte. Über 30 Vertreterinnen von Vereinen, Verbänden und Selbsthilfegruppen waren der Einladung gefolgt. Nachdem CHRISTINE SCHINK, die Sozialplanerin der Kreisverwaltung, über den ambitionierten Teilhabeplan für Menschen mit Behinderung des Landkreises Barnim informiert hatte, wurde diskutiert, wo es in Bernau Veränderungsbedarf gibt und welche Schritte die Stadt gehen sollte. Über 8.000 Bewohnerinnen der Stadt Bernau sind behindert oder schwerbehindert. Das sind mit 20 Prozent ein Fünftel der Bevölkerung und damit keine Randgruppe mehr. Die Sicherung der Teilhabe behinderter Menschen am öffentlichen Leben, entsprechend der UN-Konvention, erfordert langfristige Planung und Beteiligung in den Kommunen.

Mehr bezahlbare, barrierefrei zugängliche Wohnungen

Obwohl die städtische Wohnungsgesellschaft durch ihre Neubauvorhaben immer mehr solche geförderten Wohnungen anbietet, reichen diese bei weitem nicht aus, wurde beklagt. Außerdem seien die Mieten auch in geförderten Neubauten für Behinderte, die meist eine niedrige Erwerbsminderungsrente oder sogar nur Grundsicherung bezögen, einfach zu hoch. Deshalb werde erwartet, daß hier noch mehr Anstrengungen unternommen werden. Den anwesenden Stadtverordneten wurde auf den Weg gegeben, bei Festsetzungen von Bauplanungen und Baumaßnahmen im Bestand den Bauherren die Inanspruchnahme von Landesfördermitteln zur generationengerechten Anpassung von Mietwohnungen nahelegen. BIRGIT LEMBKE-STEINKOPF vom Verein »Eltern helfen Eltern e. V.« unterstrich, daß auch junge Erwachsene mit Beeinträchtigungen ein Recht auf eine eigene bezahlbare Wohnung und damit auf ein selbstbestimmtes Leben haben.

Mobilität durch barrierefreien ÖPNV sichern

Im Öffentlichen Personennahverkehr ist bis 2022 eine vollständige Barrierefreiheit herzustellen. Der Landkreis Barnim hat diese Ziel-

stellung als Träger des Busverkehrs in seinen bis 2026 gültigen Nahverkehrsplan aufgenommen. Bis 2017 waren bereits 72 Prozent der eingesetzten Busse barrierefrei zugänglich. Der Rest wird bis 2022 ersetzt, so informierte Verkehrsleiter Alexander Greifenberg von der Barnimer Busgesellschaft. Mit Freude und Genugtuung wurde aufgenommen, daß es mit finanzieller Unterstützung der Stadt Bernau mit dem Fahrplanwechsel ab 10. Dezember eine weitere durchgehende Stadtbushlinie 892 von Bernau über Schwanebeck, Birkholz und Birkenhöhe zurück nach Bernau geben wird und die Takte auf der Linie 894 nach Wandlitz verdichtet werden.

Die Haltestellen und deren Zuwegung in Bernau sind jedoch weitgehend noch nicht barrierefrei. Hierfür ist die Stadt zuständig. Die Stadtverordneten sollten daher eine zeitnahe Auswertung des Haltestellenregisters und die Festlegung von Prioritäten für den barrierefreien Umbau fordern. Hierfür müsse eine zielgerichtete Planung erfolgen und Mittel in die Haushaltspläne eingestellt werden. Gegebenenfalls müsse man dafür vom Land Fördermittel einwerben. Dazu brachten vor allem die Ortsvorsteher aus den Bernauer Ortsteilen Wünsche und Anregungen vor.

Teilhabe am sozialen Leben und Kultur fördern

Die anwesenden Selbsthilfegruppen, so wurde betont, leisten eine wichtige ehrenamtliche Tätigkeit zur Prävention und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben für Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen. Deshalb wünschten sich vor allem kleine Gruppen mit 10-12 Mitgliedern die kostenlose Bereitstellung von städtischen Räumen für ihre Treffen und Beratungen. Die Entgeltordnung für den Treff 23 und die anderen öffentlichen Räume sei für diese Gruppen nicht optimal und sollte überdacht werden, wurde der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt, FANNY BEHR, mit auf den Weg gegeben. Es wurde auch nach dem barrierefreien Ausbau des Kulturhofs und weiteren Nutzungsmöglichkeiten für Begegnung, Kultur und Teilhabe gefragt.

Einhellig wurde vom Behindertenbeirat und allen anwesenden Gruppen die von den Stadtverordneten beschlossene zeitweise Freigabe der Bürgermeisterstraße für den Fahrradverkehr kritisiert und die Rücknahme dieses Beschlusses gefordert. Die Fraktion Die Linke will die Anregungen aus dieser ersten intensiven Diskussion zur Teilhabe in den politische Diskurs einbringen und an der Erarbeitung eines Teilhabeplanes für die Stadt Bernau mitwirken.

MARGOT ZIEMANN

Finowkanal-Kommunalisierung:

Kein Wort zu den Kosten

Linksfraktion fordert Ende der Verhandlungen

Vorab: Auch wir halten den Finowkanal für erhaltenswert. Wir werden uns nach Kräften für die weitere touristische Erschließung und die Offenhaltung der Schleusen durch den Bund einsetzen.

Aufgrund der Tatsache, daß uns bis heute keinerlei belastbare Zahlen durch die Stadtverwaltung vorgelegt worden sind, die ein wirtschaftliches Betreiben des Kanals belegen und auch das im März in Auftrag gegebene Wirtschaftlichkeitsgutachten bis heute nicht vorliegt, sehen wir uns in der Pflicht, das Projekt nunmehr zu beenden.

Der Bürgermeister verhandelt derzeit mit dem Bund über eine Absichtserklärung, die die Übernahme der Schleusen in kommunaler Hand zum Inhalt hat. Im bürgerlichen Recht gibt es das Rechtsinstitut »*culpa in contrahendo*«, mit dem verkürzt dargestellt geregelt wird, daß inhaltliche vorvertragliche Zusagen bereits zu Ansprüchen gegenüber den Verhandlungspartnern führen können.

Wir sehen erhebliche Risiken in dem Umstand, daß der Bund die Verhandlungen mit hochrangigen Beamten, die auch juristisch geschult sein dürften, führt, während auf kommunaler Ebene zumindest juristisch ungeschulte Verhandlungspartner agieren. Hier bestehen

erhebliche Zweifel an der Waffengleichheit.

Wirtschaftlich scheint die Übernahme der Schleusen und des Kanals aus unserer Sicht nicht darstellbar. Selbst wenn mit vom Bund bereitgestellten Mitteln die Schleusensanierung einmal durchgeführt werden kann, so ist überhaupt nicht sichergestellt, wie dies bei den zwangsläufig turnusmäßig folgenden weiteren Sanierungen finanziert werden soll.

Ein Blick nach Marienwerder zeigt zudem, was passieren kann, wenn die Arbeiten an Wasserbauwerken nicht ordnungsgemäß ausgeführt werden und die Herstellung Mängel aufweist. Die Kosten zur Mängelbeseitigung wird die Gemeinde ohne Beteiligung Dritter alleine zu stemmen haben. Niemand kann ausschließen, daß auch bei der Sanierung der Schleusen Fehler auftreten. Die Kosten zu deren Beseitigung hätte dann die Stadt wohl

alleine zu tragen. Wir erinnern in diesem Zusammenhang auch an den Böschungsbruch am Kupferhammerweg, der zum Glück kostenseitig nicht zulasten der Stadt gegangen ist. Für den Fall der Übernahme des Kanals wäre dies aber dann zwangsläufig der Fall.

Selbst wenn also eine wirtschaftliche Darstellung für die einmalige Sanierung der Schleusen und deren Betreibung gelänge, sind die Folgekosten und die nicht kalkulierbaren Risiken der Bewirtschaftung zu hoch, um die Stadt ständig diesen Risiken dauerhaft auszusetzen und gegebenenfalls in eine finanzielle Schieflage zu bringen. Diese Risiken tragen wir nicht mit und stellen daher den vorgenannten Beschlussantrag zur Abstimmung.

JÜRGEN WOLFF



Foto: HARTMUT GINOW-MEHNERT

Unterwegs auf dem Irrweg

Der Beitrag »Das Sterben hinausgezögert« (BBP 11/2017) hat bei einigen Lesern für Irritationen geführt. Sie lasen etwas von »Sterbehilfe für den Finowkanal« heraus. Das ist eine klare Fehlinterpretation. Vielmehr war die Rede von einer »Sterbehilfe« für die Verhandlungen zur Kommunalisierung der Kanalschleusen. Das ist nicht gleichzusetzen mit einem Sterben des Finowkanals, sondern eher das Gegenteil davon.

Die »finale Phase« der Verhandlungen hatte Bürgermeister Boginski bereits im Januar angekündigt (BBP 2/2017). Natürlich wollte er nicht die Schuld des Scheiterns für sich reklamieren. Im Gegenteil. Bereits zur Jahreswende 2014/15 hat der damalige Wirtschaftsamtsleiter Dr. Jan König mehr oder weniger unmißverständlich klar gemacht, daß es seitens der Stadtverwaltung keinerlei Interesse gab, sich auf das windige Angebot des Bundes zur Übernahme des Finowkanals in kommunale Trägerschaft einzulassen. Das deckte sich mit der Auffassung vieler Stadtverordneten, die eine Übernahme des Finowkanals in kommunale Hand als den falschen Weg für den dauerhaften Erhalt des Kanals erkannten. Dieses Angebot stellte lediglich den Versuch der Bundesebene dar, das leidige Problem zulasten anderer loszuwerden. Um so überraschender war der

Schwenk von Boginski einen Monat später, als er den sogenannten »Kompromißvorschlag« des Finowfurter Bürgermeisters plötzlich selber aufgriff – und sich sogar in seiner Funktion als KAG-Vorsitzender als Verhandlungsführer einsetzen ließ. Übrigens ohne Legitimation durch die Eberswalder Stadtverordneten.

Anstatt konsequent auf die Einhaltung des Finowkanal-Vertrages von 1998 zu bestehen, tat Boginski plötzlich so, als würde er auf das Übernahmeangebot eingehen. Von der Stadtverordnetenmehrheit, die ebenso wie er die klare Entscheidung scheute, ließ er sich dann sogar einen Nachtragshaushalt in Höhe von 100.000 Euro absegnen, um ein Gutachten zu beauftragen, dessen Ergebnis jeder, der über ein bißchen Kenntnis in Betriebswirtschaft verfügt, schon kannte. Deshalb wird es jetzt auch nicht den Stadtverordneten übergeben.

Um eine Sache zu verhindern, ist es eine bewährte Methode, sich als Verfechter selbiger an die Spitze zu setzen. Es ist natürlich nicht bekannt, ob der Bürgermeister nach dieser Maxime handelte.

Die Idee der Kommunalisierung des Finowkanals führt in die Irre und produziert lediglich erfolgreich Streit zwischen den potentiell Beteiligten. Eine Kommunalisierung wäre nur denkbar, wenn auch das Knowhow des Wasser-

straßenbetriebs mitgeliefert würde sowie eine dauerhafte Finanzierung zumindest der Aufgaben, die auch in weiterer Trägerschaft durch den Bund anfallen. Also kein Freikauf durch Einmalzahlung.

Die Chancen für den Erhalt der durchgängigen Schiffbarkeit durch Motorboote haben sich durch das Einlassen auf die Kommunalisierungsverhandlungen stark verschlechtert. Der Verweis auf den Vertrag von 1998 wird nach dem zu erwartenden Scheitern der Verhandlungen kaum noch möglich sein. Ein sofortiger Ausstieg aus diesen Verhandlungen wäre wohl die letzte Chance, nochmal darauf zurückzukommen. Aus meiner Sicht sollte die Position der Stadt Eberswalde in etwa wie folgt sein:

1. Der Bund (oder das Land) behält die Verantwortung für den Finowkanal und bewirtschaftet selbigen mit dem vorhandenen Wasserstraßenbetrieb (der besitzt die fachliche Kompetenz, die den Finowkanal quasi nebenbei mit bearbeiten kann).
2. Der Vertrag von 1998 gilt.
3. Die KAG Finowkanal befördert die touristische Vermarktung des Finowkanals und betreibt die Schleusen (Schleusenwärter).
4. Falls nötig beteiligen sich die Anrainerkommunen (unter Nutzung möglicher Ko-Finanzierungen) an den notwendigen Sanierungen der Schleusen, um dauerhaft die durchgehende Schiffbarkeit aufrecht erhalten zu können.

GERD MARKMANN 7

1 Das Angebot des Bundes, 75 Millionen Euro für eine Übernahme des Finowkanals zu bezahlen, war das Ergebnis eines gemeinsamen langen Kampfes der Kommunen in der KAG, des Landkreises Barnim, der Vereine und vieler Einzelbürger, der für den Finowkanal geführt wurde... Das hätte aber auch bedeutet, daß alle Anrainerkommunen und der Landkreis Barnim andere regionale Themen an den Finowkanal hätte »binden« müssen. Z.B. die Energiegewinnung mit dem Finowkanal, die touristische Bewirtschaftung des Schiffshebewerkes oder Grundstücksgeschäfte in bester Lage am Finowkanal. Der Götakanal in Schweden kann z.B. mit erheblichen Waldflächen wirtschaften, deren Erträge dem Kanal zugute kommen... Ohne diese Kopplung ist der Finowkanal natürlich nur ein Zuschußgeschäft, welches den Kommunen nach Ablauf der Finanzierung durch den Bund hart auf den Taschen liegen wird...

2 Die reine Übernahme der Schleusen bringt nicht nur erheblich weniger Geld vom Bund mit sich, sie beraubt den Kanal auch noch der letzten wirklichen Einnahmequellen. Außerdem werden neue Probleme erzeugt, die diese Variante erst recht eine Gefahr für die Haushalte der Kommunen werden läßt. Ich kann durchaus verstehen, daß die Verwaltungen der einzelnen Kommunen den »lästigen« Kanal gern beim Bund lassen möchte. So mußte man z.B. um die Einnahmequelle: »Hausboote auf dem Finowkanal« wirklich nutzen zu können, erst einmal Regeln schaffen, wie dies machbar ist. Vom Stromanschluß bis zur postfähigen Hausnummer hätten die Verwaltungen einiges zu tun...

a. In der aktuellen Überlegung sehr kleingeschwiegen sind die Form des Eigentums und die technische Herauslösung der Schleusen samt Gelände aus dem Kanaleigentum. Die Grundstücke der Schleusen sind nicht unbedingt mit den Abmessungen der Schleusen selbst identisch. Dies bedeutet ein Verfahren der Neuvermessung und des Verkaufes/Schenkungs/Übergabe durch den Bund. Dazu kommt, daß die Infrastruktur (Wehre, etc.) sehr eng mit der unmittelbaren Infrastruktur der Schleusen verbunden ist. So befinden sich sämtliche Wehrsteuerungen in den Schleusenwärterhäusern. Beim Szenario der gänzlichen Übernahme des Kanals wurde die zentrale Abkopplung der Steuerung/Fernsteuerung des Kanalsystems von der Zentrale des WSA betrachtet. Hier wären Möglichkeiten der Nutzung vorhandener Telekom-Leitungen und eine Aufschaltung in der neuen Schleuse am Langen Trödel denkbar gewesen. Nun müßte man dies mit JEDER Schleuse so tun. Es sei denn, es gibt eine Vereinbarung zwischen Bund und WSA zur Nutzung der baulichen Anlagen der Betreibergesellschaft. Das geht soweit, das man regeln muß, wo das Betriebsgelände des WSA anfängt und aufhört und ob die Mitarbeiter der Betreibergesellschaft das WSA-Gelände betreten dürfen. Sind diese Kosten in den Übernahmeplänen der Schleusen mitberücksichtigt?

Was kosten die Schleusen?

von Volkmar Ritter

Zurzeit wird die Übernahme der Schleusen als die einzig machbare Variante dargestellt und als zukunftssträftig angesehen. Dem möchte ich widersprechen:

b. Die Zustandsnoten der Schleusen, die den aktuellen Bauzustand charakterisieren, sind ein Regularium des WSA und somit als zuverlässig anzusehen. Danach sind, bis auf die beiden Neubauten (Schöpfurth und Eberswalde), fast alle Schleusen seit Jahren im Bereich 3,8 und schlimmer angelangt. Bereits 2014 war die Schleuse Ragöse so hinfällig, daß nur eine monatliche Bauschau den Betrieb unter besonderen Bedingungen möglich machte. Die darauf folgenden Kleinreparaturen haben bei einigen Schleusen die Bewertung verbessert. Trotzdem ist bei 10 Schleusen von dringendem Baubedarf auszugehen.

c. Noch im Jahr 2015 ging man in einem Gutachten des WSA auf der Grundlage des Haushaltsvermerkes des Bundes zum Neubau/Reparatur der Schleusen Nr. 9 und 11 von einer Nutzungsdauer von 80 Jahren aus. Das ist schlagartig innerhalb eines Jahres, durch die Hinzuziehung einer anderen Bewertungsgrundlage, auf 40 Jahre geschrumpft. Ja selbst bei neu gebauten Schleusen erwartet man die Erreichung der Note 3,8 bereits nach 20/25 Jahren. Einzigem Sinn, den dies haben kann, ist, daß man dann die Kosten für eine Instandsetzung geringer ansetzen kann.

Die aufgeführten Baukosten gehen von der Grundinstandsetzung einer Schleuse aus. Hier widersprechen sich die Zahlen z.B. von Ende 2015 und im Gutachten von Heilmayer & Kollegen, auf das man sich aktuell stützt, teilweise erheblich. Ich denke, man sollte sich an die Fakten halten: 2001 wurde die Schleuse Eberswalde grundinstand gesetzt (Kammer, Häupter, Stahlwasserbau), Gründung wurde belassen. Die Baukosten betrugen 1.942.000,00 Euro. 2008 wurde die Schleuse Schöpfurth neu gebaut (kompletter Ersatzneubau samt Gründung und Stahlwasserbau in Stahlbeton). Die Baukosten betrugen 5.056.607,47 Euro. Dabei ist zu bedenken, daß beide Schleusen noch nicht nach den Vorgaben des Denkmalschutzes saniert wurden... Selbst bei Berücksichtigung optimaler Voraussetzungen und Super-Baufirmen sind die immer wieder angenommenen Baukosten wohl zu geringgeschätzt und man muß bei der jetzigen Herangehensweise davon ausgehen, daß man in 25 Jahren wieder baut, dann aber ohne den Bund.

d. Die Planungs- und VergabeprozEDUREN sowie der Bau der Schleusen werden sich deutlich aus dem Rahmen der Fördermöglichkeiten herausbewegen. Hier argumentieren die Befürworter der Variante: »Nur die Schleusen« zurzeit mit der zugesagten Unterstützung durch das WSA. Wenn man aber bedenkt, daß die aktuelle Besetzung des WSA knapp dafür ausreicht, die eigenen Projekte umzusetzen und dies dann ja eine Hilfestellung für Dritte ist,

kann man sich ausrechnen, wie hoch diese Unterstützung sein kann. Die Bauzeiten werden selbst bei guter Planung und Vergabe erst Ende 2018 beginnen. Wenn die handelnden Personen im dann zuständigen Zweckverband richtig gut sind, dann schaffen sie pro Jahr 2 Schleusen. (Dies ist eine sehr optimistische Annahme von mir, Experten gehen von maximal einer Schleuse pro Jahr aus.) Das heißt, daß bei 10 Schleusen die Bauzeit, selbst unter absolut optimalen Bedingungen, über das Ende der Förderperiode 2020 hinausgeht. Selbst wenn man dem Finowkanal Sonderbedingungen in der Förderung einräumt und man 2 Jahre nach Förderende noch Geld ausgeben und abrechnen kann, werden 4 Schleusen ohne Förderung gebaut werden müssen. Die Hoffnung, daß neue Förderprogramme diese Lücken schließen werden, ist recht vage und es gilt zumindest bis jetzt die Regel, was schon einmal gefördert wurde, kann nicht noch einmal gefördert werden. Die Kommunen, die in den Zweckverband für die Betreibung der Schleusen gehen, müssen sich auf einen erheblichen Zuschuß ab 2022 einstellen.

e. Es stehen nicht nur die Übernahme der Schleusen, sondern auch der beiden Hubbrücken an. (siehe Pkt. 2 der »abgestimmten« Absichtserklärung) Die eine, in Niederfinow, wird direkt gesteuert und die andere, in Eberswalde, wird über die Zentrale in Zehdenick überwacht. Wird diese umgebaut und abgeschaltet oder wird künftig in Zehdenick ein Mitarbeiter des Zweckverbandes Dienst tun? Wer wird zu welchen Konditionen beauftragt, wenn die Brücke klemmt? ...

f. Der Bund hat eine eindeutige Absage an eine »Vorfinanzierung« gegeben. Es muß erst etwas »handfestes« passieren, erst dann wird es eine Überweisung geben. Auch die jetzt angesagte »Absichtserklärung« wird keinen Geldfluß auslösen.

g. Die Finanzierung die jetzt im Raum steht, speist sich fast vollständig aus dem Haushaltsvermerk des Bundestages von Anfang 2015 (immer Jahr für Jahr weitergereicht bis jetzt aktuell 2017). Das, worum wir alle gemeinsam gekämpft haben, wurde abgelehnt bzw. auf den Sankt Nimmerleinstag nach 2028 verschoben. Ob eine Wasserschiffahrtsverwaltung dann noch einmal 75 Mio. rausrückt, ist mehr als nur Wunschdenken. Warum jetzt bei Bedenken und gründlichen Hinterfragungen in Bezug auf die reine Schleusenübernahme mit den Worten reagiert wird: Dann sind alle Türen zugeschlagen, ist rätselhaft. Der Haushaltsvermerk des Bundestages wurde noch nicht aufgehoben. Und dem anderen (volle Übernahme mit 75 Mio.) wurde bereits vor einem Jahr eine Absage erteilt.

3 Der geplante Zweckverband wird bisher immer als gemeinsame Aufgabe aller KAG- bzw. Anrainerkommunen betrachtet. Ohne mal in die Wasserkarte zu schauen, sind Oderberg und Bad Freienwalde, OT Hohensaaten mit dieser Überlegung Anrainer des Finowkanals. Daß der Finowkanal, um den es in der Übergabe durch den Bund geht, hinter Niederfinow auf der Gemarkung der Gemeinde Liepe endet, wird vielfach aus der Diskussion ausgeblendet. Wenn man genau ist, muß man auch noch Hohenfinow hinzunehmen. Diese sind zwar vor einigen Jahren aus der KAG ausgetreten, aber durch deren Gemarkung fließt nun mal der Finowkanal. Auch die Gemeinde Chorin hat kurz hinter der Schleuse Ragöse ein paar Meter Finowkanal zu verantworten. Aber dieser Verantwortung hat man sich bereits seit vielen Jahren entledigt. Hinzu kommt, daß Marienwerder aus sehr nachvollziehbaren Gründen zum 01.01.2018 aus der KAG ausscheidet... Selbst wenn jetzt Eberswalde als größte Anrainerkommune seinen Willen zur Übernahme via Zweckverband erklärt, heißt das noch lange nicht, daß alle folgen werden...

4 Die aktuell aufgeführte Diskussion mit dem Land Brandenburg zur Befahrbarkeit des Finowkanals mit Motorbooten ist der Klassifizierung des Finowkanals geschuldet und wäre auch unter anderen Umständen zum jetzigen Zeitpunkt aufgetreten... Das hat mit dem Finowkanal nur sehr mittelbar etwas zu tun.

5 Viele Fördermöglichkeiten der aktuellen Förderperiode wurden nicht genutzt. Weder nahm man durch die Verwaltung der Stadt Eberswalde die »Steilvorlage« des Landkreises Barnim bei INTERREG auf, die mit der Schwerpunktsetzung »Wassertourismus« für den Barnim gesetzt wurde, noch machte die Stadtverwaltung den Finowkanal mit der vorhandenen kommunalen Zusammenarbeit zum Thema des Stadt-Umland-Wettbewerbes...

Auch gute Ideen und Hinweise zur wirtschaftlichen Nutzung des Finowkanals wurden bisher in den Wind geschrieben. Das geht von der Hausbootidee von Herrn Büttner bis zu den Ideen von Herrn Rafalski. Warum soll all dies nun, wenn man nur die Schleusen übernimmt, auf einmal wieder mit besten Ergebnissen funktionieren? Dazu kommt, daß mit dem Verbleib der Kanalstrecke beim Bund dort weiterhin dessen Notwendigkeiten und Regeln gelten. Gerade hier wären wirtschaftliche Potentiale zu heben. So müssen weiterhin z.B. Steganlagen nach den Regeln der Güterschifffahrt durch das WSA behandelt werden... und die Regeln der Binnenschifffahrtsverordnung gelten weiterhin. Auch wenn diese nicht durchgängig tourismusfreundlich sind. Ganz zum Schluß bleiben natürlich die minimalen (aber immerhin) Einnahmen für die Verpachtung von Steganlagen am Finowkanal beim WSA.

Offener Brief an die Volksvertreter der Finowkanal-Anliegergemeinden und des Barnimer Kreistages. Gekürzt.

Bäume stören doch nur

Drei Lügen, auf die die untere Naturschutzbehörde gerne hereinfällt

Eberswalde (bbp). Die untere Naturschutzbehörde des Landkreises Barnim ist für den Schutz von Bäumen ab 60 Zentimeter Stammumfang zuständig. Den gemäß Baumschutzsatzung des Landkreises besonderen Schutz darf nur die untere Naturschutzbehörde aufheben. Allerdings ist es ziemlich einfach, so eine Aufhebung des besonderen Schutzes zu erlangen, die zugleich die behördliche Genehmigung für das Fällen oder Beschneiden der geschützten Bäume darstellt.

Im konkreten Fall ging es um eine Linde mit einem Stammumfang von 133 Zentimetern auf einem Innenhof an der Friedrich-Ebert-Straße in Eberswalde. Auf dem Grundstück des mehrheitlich einem Berliner Immobilienfonds gehörenden Grundstücks war es der einzige Baum. Dennoch schrieben die Baufragten dieser Firma, ein bekanntes Eberswalder Immobilienverwaltungsunternehmen, im Fällantrag, daß »der Hofbereich ... durch das Vorhandensein weiterer großer Bäume stark begrünt« ist. Denn auf dem abgezaunten Nachbargrundstück, dessen Innenhof angrenzt, stehen mehrere große Bäume, von denen auch das Grundstück der Antragsteller profitiert. Betroffene Anlieger bezeichneten dies als die Lüge 1.

Die beauftragten Immobilienverwalter begründeten ihren Fällantrag mit einer »Unfallgefahr wegen Anhebung Pflastersteine durch Wurzeln sowie bevorstehende Schäden am Gebäude durch überhängende Äste«. Als Beweismittel leg-

te er Fotos bei, die allerdings bei genauem Hin-schauen nichts bewiesen. Auch eine Nachprüfung am Ort des Geschehens ließ nichts von den angeblichen Gefährdungen erkennen. Beim Pflaster gab es kaum Anhebungen und die angeblich »überhängenden Äste« gehörten zu einem der Bäume des Nachbargrundstücks. Die gewählte Foto-Perspektive ließ es so aussehen, als würden diese Äste bis an die Gebäude-fassade heranreichen und von der Linde ausgehen. Für die erwähnten Anlieger sind das die Lügen Nummer 2 und 3.

»Hätte sich der zuständige Bearbeiter der unteren Naturschutzbehörde mal aus seinem bequemen Sessel im nahegelegenen Kreishaus erhoben und am Ort des Geschehens die Angaben geprüft, wäre ihm die optische Täuschung des Fotos ohne weiteres aufgefallen«, erklärte ein Anlieger, der seinen Namen nicht in der Zeitung lesen möchte, gegenüber der BBP-Redaktion.

Davon abgesehen ist es bei Linden ohne weiteres möglich, störende Äste ohne größeren Schaden für den Baum einzukürzen. Aber auch diese Möglichkeit hat der Mitarbeiter der unteren Naturschutzbehörde nicht geprüft. Er realisierte die einfache Variante, vom Schreibtisch aus dem Antrag einfach zuzustimmen, zumal dadurch neben der ohnehin fälligen Verwaltungsgebühr eine Einnahme in Höhe von 200 Euro als Ablöse für die laut Antrag nicht auf dem Grundstück mögliche Ersatzpflanzung zugunsten der Landkreiskasse fällig wird.



Mit Stumpf und Stiel. Die zügige Beseitigung lästiger Bäume bis hin zum Baumstumpfschreddern gehört zum Leistungsangebot einer spezialisierten »Baumservice«-Firma aus Altenhof.

Foto: GERD MARKMANN

Windeignungsgebiete reduzieren

Wie bekannt, kündigte die Landesregierung kürzlich an, die Ausbauziele für Windenergieanlagen von bisher 10.500 MW auf nunmehr 8.900 MW reduzieren zu wollen. Dies ist angesichts der schon jetzt bestehenden Überkapazitäten eine ökonomisch sinnvolle Entscheidung. Doch dieser müssen nun auch Taten folgen. Denn es fehlen verbindliche Vorgaben der Landesregierung an die regionalen Planungsgemeinschaften zur Reduzierung der bisher ausgewiesenen Windeignungsgebiete um 15%. Die Ministerien für Wirtschaft und Energie, für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft und für Infrastruktur und Landes-

planung stehen hier besonders in der Pflicht zum Handeln. BVB/Freie Wähler fordern daher von den zuständigen Ministerien, diejenigen Windeignungsgebiete von den regionalen Planungsgemeinschaften streichen zu lassen, die in den Abwägungsverhandlungen besonders strittig waren, aber trotzdem bestätigt wurden. Denn regelmäßig verweisen die Regionalräte vor Ort auf die Potsdamer Vorgaben.

Es ist erforderlich, daß noch in diesem Jahr die raumordnerischen Vorgaben nachgebessert und den gesenkten energieökonomischen Zielen angepaßt werden.

PÉTER VIDA, MdL **9**

Die Bitcoinblase

Vor wenigen Tagen traf ich einen jungen Mann, der mir begeistert von Bitcoins erzählte. Das ist im Grunde eine Internetwährung, die über eine dezentrale Software reguliert wird und im Moment eine rasante Wertentwicklung durchmacht, sodaß sich der Preis eines Bitcoins schonmal in wenigen Wochen von 6000 auf 7000 Dollar erhöht hat.

Seine Argumente überzeugten: Man braucht keine Banken, alle Transaktionen sind verschlüsselt, der Preis steigt exponentiell, man kann damit sogar bezahlen. Also an sich eine hochinteressante Geldanlage.



Aber kommen wir nochmal auf den jungen Mann zurück: Wie ging er damit um, daß er die Bitcoins entdeckt hatte? Er hatte sich bereits seine gesamte Zukunft darauf aufgebaut! Für ihn würde es jetzt endlich bergauf gehen, sein Studium abgebrochen, aber in drei Jahren wäre er Millionär und würde nur noch am Strand sitzen und Cocktails trinken. Er redete die ganze Nacht im Grunde nur von dem ganzen Geld, das er machen würde. Ich fragte ihn, ob er alles was er hatte in Bitcoins investieren würde. Natürlich, sagte er, er bezahlt nur noch damit. Die Möglichkeit, daß es genauso schnell wieder runtergehen kann wie es hochgeht, war ihm nicht bewußt.

Leider, dachte ich, war er wohl nicht der erste der die eine »todssichere Sache« entdeckt hatte, welche die ganze Welt verändern würde. Ich bin mir fast sicher, daß solche Gespräche auch über den Immobilienmarkt der USA geführt wurden: Investiere jetzt und investiere alles! Sonst bekommst du nicht dein Stück vom Kuchen! Aber eben nur bis 2008, als die Blase platzte und all diese Menschen pleite waren.

Ich kann nur hoffen, daß er Geld auf ein sicheres Konto bringt, bevor seine Blase platzt oder etwas anderes passieren wird, was er unmöglich vorhersagen kann. Sonst wird er von einem Tag auf den anderen wieder da sein, wo er niemals mehr sein will: ganz unten.

PAUL PFAFF

Das aus den gewählten Vertretern der Kirchengemeinden und allen Pfarrerninnen und Pfarrern zusammengesetzte »Kirchenparlament« des Evangelischen Kirchenkreises Barnim kam am 11. November im Dietrich-Bonhoeffer-Haus im Brandenburgischen Viertel zur diesjährigen Herbstsynode zusammen. Eröffnet wurde sie mit einer Andacht von Dr. HANS-PETER ENDE. Anschließend befaßten sich die Synodalen mit den Herausforderungen für die Kir-

Besuch im »heiligen Land«

Das wollte ich unbedingt mal sehen: Die gesamte biblische Geschichte um Jesus herum. Wo er geboren wurde, sein Weg durch's Land, den Ort der Verkündigung und Kreuzigung und sein Grab. Also buchte ich die Rundreise.

Meine Kollegin fragte mich: »Hast du keine Angst?« Ich antwortete verwundert: »Wovor?« »Na, vor Terroranschlägen.« – Was für Terroranschläge? Das deutsche Auswärtige Amt hätte doch eine Reisewarnung rausgegeben. Hat es aber nicht. Aber ein klein wenig war ich jetzt doch beunruhigt.

Am Flughafen in Frankfurt (Main) gab es einen mehrseitigen Fragenkatalog: Warum möchte ich nach Israel? Woher komme ich? Wo war ich überall in der Welt schon? War mein Koffer immer in meiner Nähe? Packte ich ihn selbst? ... Die restlichen Fragen habe ich vergessen. Nach guten 4 Flugstunden stand ich auf dem Flughafen in Tel Aviv: Welcome in Israel. Shalom.

Jetzt wurde es spannend: Wo ist der Reiseleiter (ich spreche weder Arabisch noch Hebräisch)? Wie ist der Umtauschkurs in Schekel? Und wo sind meine Sandaletten? Es ist trotz 17 Uhr stickig und warm in dem Terminal. Der Reiseleiter sammelt uns ein, ich wechselte 40 Euro und bekomme 149 Schekel, und tausche meine Halbschuhe gegen die Sandaletten. So vorbereitet fuhr uns der Bus zum Hotel. Naja, sagen wir mal: Zu einer Bungalow-Wohnanlage. Das Essen war lecker, vielseitig und reichhaltig. Da lassen weder die Israelis noch die Palästinenser was drauf kommen.

Am nächsten Morgen ging es weiter nach Tiberia. Unser Reiseleiter war ein Filou: Klug, mit enorm vielem Wissen, gewandt im Umgang mit Menschen und Situationen... und sehr umsichtig und einfallsreich, wenn es darum ging, seine Touristen-Schäffchen zusammenzuhalten. Von ihm erfuhren wir, wie Palästinenser und Israelis nebeneinander leben, wie sich die Politik veränderte und die Wirtschaft entwickelte und welche Rolle die Religionen spielten und spielen.

Das Atomkraftwerk gibt es nicht mehr. Und die Eisenbahnlinie zwischen Tel Aviv und Jerusalem wird neu gebaut. Damit verkürzt sich die Reisezeit von 2 Stunden auf 30 Minuten. Das Straßennetz ist besser als in Deutschland ausgebaut... und das will schon was heißen.

Mit Jordanien gibt es seit 3 Jahren einen Friedensvertrag. Auf den Golanhöhen stehen UN-Soldaten. Einer von ihnen nahm sich Zeit und beantwortete unsere Fragen. Er kommt

aus Kanada und seine Aufgabe ist es, provokative Handlungen an die UN-Kommandozentrale von Israel zu melden.

Mit Syrien gibt es einen Waffenstillstand. Rußland unterstützt Syrien und während Putin bereits einige Male in Israel war, meidet Assad den Kontakt zu Israel.

Zwei Tage später fuhren wir weiter zu unserem Hotel in Bethlehem. Bethlehem befindet sich auf palästinensischem Autonomiegebiet. Die Autonomiegebiete, West-Bank genannt, sind seit 2009 durch eine 6 Meter hohe Betonmauer vom übrigen Land getrennt. Sie soll Israel vor Terroranschlägen schützen. Heute sind im ganzen israelischen Land Raketen-Frühwarnsysteme installiert, die den Menschen innerhalb weniger Minuten das Gebiet mitteilen, in dem ein Raketeinschlag zu erwarten ist, und sie auffordern, in den Luftschutzraum der Wohnung zu gehen. Den Israelis ist es untersagt, die Autonomiegebiete zu betreten, weil Israel dort nicht für die Sicherheit der eigenen Leute garantieren kann.

Und es ist nicht nur ein politischer Streit, sondern auch ein religiöser: Jerusalem, einschließlich dem arabischen Teil, wird von Israel als Landeshauptstadt beansprucht; Bethlehem, nur 7 Kilometer entfernt, befindet sich in palästinensischem Autonomiegebiet.

Wir wandelten auf dem »Via Dolorosa«, dem Leidensweg Christi. Ich habe das Gefühl, daß ich in Israel an die 20 Kirchen besuchte. Sie alle waren Inhalt der Reiseroute. Aber nur eine einzige in Bethlehem. Die Geburtskirche. Jesus wurde ja in einem Stall in Bethlehem geboren.

Bis zum Schluß der Reise fand ich den Unterschied zwischen Araber, Palästinenser und Mohammedaner nicht raus. Und erst am vorletzten Tag bekam ich in Masada eine Ahnung, warum den Juden gerade in Palästina Land zugewiesen wurde: Es waren Juden, die nach einem von den Römern niedergeschlagenen Aufstand in Jerusalem hier Zuflucht fanden.

Es ist sehr hilfreich, für einen Besuch in Israel religiöse Vorbildung zu besitzen. Ich habe sie nicht und dadurch fehlten mir oft die »Aha«-Effekte. Trotz alledem: Ein Besuch im »Holy Land«, im heiligen Land, ist sehr zu empfehlen. Shalom.

KORNELIA LUBKE

Kirche diskutierte neues Bildungskonzept

chenkreise und Gemeinden durch das neue Bildungskonzept der Evangelischen Landeskirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) und das Verhältnis speziell von Jugendarbeit und Schule. Den Einführungsvortrag hielt Oberkirchenrat Dr. FRIEDHELM KRAFT vom Konsistorium der EKBO. Seine Ausführungen wurden ergänzt vom Kreiskirch-

lichen Jugendreferenten HEINRICH OEHME aus Eberswalde mit Blick auf das Verhältnis von Jugendarbeit und Schule aus praktischer Sicht. Außerdem verabschiedete die Synode im Nachgang zur Debatte auf der Frühjahrssynode über die Verantwortung der Kirche für ihr Ackerland eine Entschließung zum Thema »Landgrabbing«.

HARRO SEMMLER

Die autogerechte Gesellschaft

Vom Land der Autobahnen zum Land der Innovation und der Nachhaltigkeit

Frage Nr. 1 bei einer Bewerbung: »Haben Sie einen Führerschein?« Die Fähigkeit, eine Blechkarosserie auf vier Gummirädern durch verstopfte Straßen zu steuern, ist schon mal ein K.O.-Kriterium für die Karriere. Aber nicht nur der reine Schein wird verlangt. Nein, man muß auf Wohl und Wehe seiner Anstellung sich bereit zeigen, 150 km täglich zur Arbeitsstelle zu fahren. Und als Spezialist bitteschön zweimal die Woche durch ganz Deutschland zu kutschieren – natürlich mit dem eigenen PKW! Für solche Aktionen braucht man entsprechend PS und Komfort. Die Mobilitätsanforderungen in heutigen Jobs erzwingen einen Lebensstil, der mit Nachhaltigkeit und Verantwortung gegenüber der Umwelt nichts, aber auch gar nichts zu tun hat. Zudem begünstigt der schleichende Niedergang des Öffentlichen Nahverkehrs – man denke nur an die Ausdünnung der Buslinien und an das Baustellen-Chaos bei der Deutschen Bahn – den beschleunigten Umstieg vieler Beschäftigter auf das eigene Gefährt. Dreimal wegen einer Zugverspätung die Arbeitszeit nicht eingehalten, das kann sich heutzutage keiner mehr leisten.

Der Verkehr wächst auf den Straßen. Der Lärm, die Abgase und die verschwendete Lebenszeit in endlosen Staus nehmen zu. Die wenigen Busse können in den verstopften Straßen ihre Fahrpläne nicht mehr einhalten, was zu Frust bei den Fahrgästen führt und zu noch mehr Abwanderung in den Individualverkehr. Es ist ein Teufelskreis, aus dem man nur sehr schwer wieder herauskommt. Was kann man tun?

Deutschland tut sich schwer damit, die privilegierte Stellung des PKW anzugreifen. Und das liegt nicht nur an der in diesem Land besonders starken Autoindustrie und den Millionen Arbeitsplätzen, die daran hängen. Der Wagen ist den Deutschen so sehr in Fleisch und Blut hineingewachsen, daß »ohne« es eine Katastrophe wäre. Wie käme man dann zur Arbeit? Wer führe die Kinder zum Training? Wie machte man den großen Wochenendeinkauf? Wie käme man im Urlaub auf den Campingplatz? Wie könnte man noch Tante Anna in Klein-Poschwitz besuchen? Das ist einfach: UNVORSTELLBAR!

Ein »UNMÖGLICH« gibt es aber nicht im Leben. So wie unsere Vorfahren noch beim Scheine einer Öllampe ihre abendlichen Verrichtungen durchführten, und zum »Geschäft« hinaus auf den Hof gingen, nichtsahnend, daß in 150 Jahren in jedem Zimmer elektrisches Licht leuchtet und ein rauschendes Keramikbecken gewisse Dinge in ein unterirdisches Labyrinth spült, genauso wenig können es sich heutige Menschen vorstellen, eines Tages ohne das Familienauto auszukommen, das einem in vielerlei Hinsicht treue Dienste leistet. Wie kann der Fortschritt also aussehen?



Foto: JÜRGEN GRAMZOW

Die Lösung dieses Problems ist schicksalhaft. Die Geschichte der Menschheit zeigt klar auf: etliche Kulturen sind verschwunden, weil Raubbau an der Umwelt begangen wurde und die Lebensgrundlagen wegbrachen. Aber nicht nur chemische und biologische Ressourcen frisst die Autogesellschaft auf, es sind auch psychische Ressourcen, die das Auto zerstört: Vom Lärm, vom Gestank und den Staus abgesehen – ständig muß man auf den Verkehr achten, auf den Vordermann, den Hintermann, auf die Vorfahrt, auf die Tankanzeige, auf die Witterung, auf den Scheinwerfer, auf die Kurven, auf die Verkehrsschilder und auf die Blitzer. Dabei muß man eine gültige Kfz-Versicherung haben, die Fahrzeugpapiere, den Führerschein, ausgeschlafen muß man sein und darf kein Alkohol im Blut haben.

Für den Normalbürger sind das Selbstverständlichkeiten, so wie für die afrikanischen Gnu-Herden die Durchquerung der Krokodilflüsse. Auf einen Toten mehr oder weniger kommt es da nicht an. Doch die Gnus leben biologisch und nachhaltig. Das kann man vom Autoverkehr nicht behaupten.

Es braucht eine neue Kultur! Nicht das Auto darf mehr ein Statussymbol sein, wie früher das eigene Pferd, sondern meinetwegen das Fahrrad oder – nicht von der Hand zu weisen – das Smartphone. Und es braucht Gesetze, die die Unternehmen zwingen, auf unnötige Autofahrten zu verzichten: eine Art Demobilisierung der Arbeitswelt. Für das tägliche Leben und Überleben darf man nicht mehr vom Auto abhängig sein. Das bedeutet wohnnahe Arbeit, wohnnahe Geschäfte und komfortabler Bus- und Bahnverkehr. Das muß die Richtung sein!

Und wenn niemand mehr ein Auto braucht? Was passiert mit Deutschlands Arbeitsplätzen der Automobilindustrie und ihrer Zulieferer? Es wird ein neues Erwerbsfeld kommen, das ähnlich kompliziert und aufwendig ist, wie die Herstellung eines Kraftwagens und für das die Deutschen bereit sind, ähnlich viel Geld auszugeben. Es kann das Feld der Computer sein, das Feld der Gesundheit oder der Freizeit, des Sports oder des Spiels. Genau kann man das noch nicht sagen. Aber eins ist sicher: die heutige Menschheit braucht ein neues, ein besseres Lieblingsspielzeug als das Auto – eins, das nachhaltig ist und mit der Natur im Einklang.

JÜRGEN GRAMZOW

22. Barnimer Umweltpreis

Der 22. Barnimer Umweltpreis von Bündnis 90/Die Grünen ist verliehen. Wiederm standen 750 Euro zur Verfügung, um verdienstvolle Projekte und Initiativen im Natur- und Umweltschutz zu ehren und mit einer Anerkennung zu bedenken. Die Preise und Urkunden überreichten Andreas Fennert, für Bündnis 90/Grüne Mitglied im Aufsichtsrat der Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft Eberswalde und Hauptstifter des Preises sowie Karen Oehler, Fraktionsvorsitzende der Grünen in Eberswalde. Die Jury entschied sich für die Vergabe folgender Preise:

Den 1. Preis, verbunden mit einer Prämie von 350 Euro, erhält der Verein WUKANINCHEN E.V. aus Biesenthal. Der Verein betreibt als freier Träger die Naturkita »Wukaninchen«. 2013 als Elterninitiative gegründet, schafften es die Initiatoren mit sehr viel ehrenamtlichem Engagement, eine familiäre Kindertagesstätte in Biesenthal zu etablieren, in der der achtsame Umgang mit der Natur und den Mitmenschen ein zentraler Bestandteil ist. Derzeit betreuen dort 5 Erzieherinnen 18 Kinder im Alter von 0-6 Jahren. Bereits beim Ausbau und der Sanierung der Räume wurde auf ökologische Materialien wie Lehm gesetzt und eine Holzvergaserheizung eingebaut. Die Versorgung erfolgt überwiegend mit biologisch und regional erzeugten Lebensmitteln. Die Kinder lernen, wo ihr Essen herkommt und bereiten es regelmäßig selbst mit zu. Durch viel Zeit im Wald und am See erfahren sie die Natur mit allen Sinnen. Bastel- und Spielmaterialien sind natürlichen Ursprungs oder recycelt. Das gesamte Projekt ist nur durch viel ehrenamtliche Arbeit der Eltern möglich.

Mit dem 2. Preis und einer Prämie i.H.v. 200 Euro wird der Verein HEBWERK E.V. aus Eberswalde geehrt. Der Verein schaffte es in rein ehrenamtlicher Arbeit, die Idee von offenen Räumen in Eberswalde umzusetzen. Er ist inzwischen Träger von drei Standorten, an denen verschiedene Initiativen und Vereine gemeinsam im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung wirken. Mit Hilfe einer Basisinfrastruktur und niederschweligen Gemeinschaftsräumen wird Menschen jeden Alters und jeder Profession Raum gegeben für eigene Ideen und Projekte. Gruppen und Initiativen entstanden wie das Repair Café, Workshops zum und der Bau von Lastenrädern, das Mehrweg-Pfandbecher-Projekt »Nachfüllbar Eberswalde« oder das »Biolab«, das z.B. an kompostierbaren Verpackungsmaterialien arbeitet.

Den 3. Preis und eine Prämie von 150 Euro erhält der SCHÖNOWER-HEIDE-VEREIN E.V. Der Schönower-Heide-Verein wurde 2006 gegründet. Er widmet sich dem Erhalt des wertvollen Lebens- und Erholungsraums Schönower Heide vor den Toren Berlins.

Mit einer Anerkennung geehrt wird die BÜRGERSTIFTUNG BARNIM UCKERMARK mit dem Projekt Naturwaldzelle Wandlitz.

THORSTEN KLEINTEICH

Wahrscheinlich nicht, jedenfalls nicht so ganz richtig. Damit meine ich nicht den technischen Ablauf. Wir sind zum Wahllokal gegangen, sehr viele sind mit dem Auto gefahren, haben den Stimmzettel im Format eines kleinen Handtuchs entgegengenommen, sind damit in die Kabine gegangen, haben brav unsere zwei Kreuze gemacht, das Handtuch wieder zusammengefasst, die Kabine verlassen und das Falzwerk in der Urne begraben – noch nicht endgültig, versteht sich. Am Abend wurde ja alles wieder hervorgeholt, entfaltet und die Kreuze wurden gezählt. Am nächsten Morgen haben wir dann das Ergebnis erfahren, also welche Parteien und welche Kandidaten wir gewählt haben.

Nun haben wir zwar einen neuen Bundestag aber immer noch die alte, jetzt »amtierende« Regierung, die wir mehrheitlich nicht haben wollten. Was haben wir falsch gemacht? Rein formal nichts. Ich habe aber ernste Zweifel, ob wir unsere Kreuze an der richtigen Stelle gemacht haben, ob wir diejenigen angekreuzt haben, denen wir zutrauen, uns gut und klug zu regieren. Die vier Parteien, die jetzt sieben Wochen lang verhandelt haben – sie nannten das Sondierungsgespräche – und danach ohne Ergebnis auseinandergefallen sind, die waren wohl nicht die richtige Wahl. Die fünfte Partei, die den hehren Namen sozialdemokratisch führt, überlegt nun, trotz der Ohrfeige vom Wähler, ob sie nicht doch wieder mitregieren will. Angesichts der Schlappheit, die insbesonde-

In den Grundschulstufen die Rechtschreibung »außen vor zu lassen«, um damit den Kindern die Angst vor dem Schreiben zu nehmen, kann ich zum Teil nachvollziehen. Denke ich an meine Schulzeit zurück, so ist selten ein Diktat besser als mit Note 3 bewertet worden und auch in den Aufsätzen führte mangelnde Rechtschreibung oft zur schlechteren Gesamtnote. Trotzdem würde ich es begrüßen, wenn die Lehrer grobe Rechtschreibfehler wenigstens anstreichen würden. Es kann nicht sein, daß ein Schüler der 4. Klasse mit dem Buchstabengebilde »beume« das Wort »Bäume« meint!

Wo ist da die Vorbildwirkung für unsere Neubürger, die aus völlig anderen Sprachkulturen kommen? Von ihnen wird erwartet, daß sie nach einer gewissen Zeit der deutschen Sprache in Wort und Schrift so weit mächtig sind, daß sie gut auf dem Arbeitsmarkt bestehen können. Wir haben einen großen Mangel an Arbeitskräften gerade in Betreuungs- und Pflegeberufen. Neben einem fundierten fachlichen Wissen und einfühlsamem Umgang mit den zu Betreuenden, ist gerade in diesen Berufen viel Schreibarbeit bei der Dokumentation zu erledigen. Mangelnde Rechtschreibung kann dort fatale Folgen haben.

Aber auch unsere Behörden nehmen es mit den Rechtschreibregeln nicht so genau. Seit fast 40 Jahren wohnen wir im Pehlmannring. Wir haben in der Schule gelernt, daß bei Personennamen die Bezeichnung »Weg, Straße, Allee...« direkt anzufügen ist. Anders verhält es

Haben wir (richtig) gewählt?

Am 24. September haben wir gewählt – jedenfalls wir, die wir zur Wahl gegangen sind. Wir waren aufgefordert, einen neuen Bundestag und damit eine neue Bundesregierung zu wählen. Haben wir richtig gewählt?

re die bisherigen Regierungsparteien haben einstecken müssen, hat wohl keine von uns Wählern den Auftrag bekommen, wieder zu regieren. Die Situation ist verfahren – aber daran sind wir wohl selbst Schuld! Wir hätten eben doch richtig, d.h. klug wählen sollen.

Deutschland im Jahr 2017 steht vor einem Scherbenhaufen aus Unfähigkeit und Geltungssucht. Ich bin kein Historiker, der beurteilen kann, ob unsere derzeitige Lage mit derjenigen im Deutschland des Jahres 1931 vergleichbar ist. Damals war es die Partei Hitlers, die den größten Stimmenzuwachs erreichte und die dann am 30. Januar 1933 den Tag der Machtergreifung feiern konnte – und gefeiert hat, auf ganz besondere Weise!

Alle anderen Parteien wurden vom Teufel zum Teufel gejagt, allen voran die Sozialdemokraten und Kommunisten. Die geistige Elite, Wissenschaftler, Künstler, Schriftsteller etc. emigrierte, so wie heute die besten und klügsten jungen Leute Deutschland verlassen und hinausgehen in die Welt. Viele, die damals glaubten, noch etwas retten zu können und in Deutschland geblieben sind, haben später aus Verzweiflung, wie Kurt Tucholsky und Stefan Zweig, im Exil den Freitod gewählt oder wur-

den, wie Carl von Ossietzky und Ernst Thälmann, in Gefängnissen und Konzentrationslagern ermordet.

Hans Böttcher, besser bekannt unter seinem Künstlernamen Joachim Ringelnatz, (jeder hat schon etwas gehört vom Seemann Kuttel Daddeldu), hat 1931, drei Jahre vor seinem Tod am 17.11.1934, folgendes Gedicht geschrieben:

Schiff 1931

*Wir haben keinen günstigen Wind.
Indem wir die Richtung verlieren,
Wissen wir doch wo wir sind.
Aber wir frieren.
Und die darüber erhaben sind,
die sollten nicht allzuviel lachen.
Denn sie werden nicht lachen,
wenn sie blind eines Morgens erwachen.
Das Schiff, auf dem ich heute bin,
treibt jetzt ins uferlose,
In die offene See. - Fragt ihr: »Wohin?«
Ich bin nur Matrose.*

Dieses Gedicht hat mich nachdenklich gemacht. Wenn Ringelnatz heute leben würde, er hätte dieses Gedicht auch schreiben können – vielleicht unter der Überschrift »MS Deutschland 2017«.

JOHANNES MADEJA

Mathematik kontra Deutsch?

Herr Madeja kritisiert (nach meiner Meinung zurecht) in der Ausgabe 11/2017 die mangelnde Rechtschreibung in heutigen Veröffentlichungen. Manches ist der neuen Rechtschreibreform geschuldet. Zum Beispiel wird heute »Stängel« mit »ä« geschrieben, weil es von Stange kommt und nicht mit »e«, wie wir Älteren es noch kennen.

sich, wenn Vor- und Zunamen angeführt werden, wie z.B. mit »Fritz-Pehlmann-Straße«.

Die Gemeindeverwaltung Schorfheide hat aber ihre eigenen Rechtschreibreform erfunden und nun sollen wir seit der Gemeindegebietsreform im »Pehlmann-Ring« wohnen. Daß sie es eigentlich besser wissen, sieht man an der Schreibweise »Erzbergerplatz« (ich mußte erst googeln um zu wissen, daß »Erzberger« eine bedeutende Persönlichkeit ist, vermutete ich doch zuerst eine Ortsbezeichnung). Nun wohnt mein Mann im Pehlmann-Ring und ich im Pehlmannring. Kataloge und ähnliches erhalten wir so häufig doppelt.

Aber auch in Barnimer Bürgerpost schlägt die Rechtschreibhexe manchmal ganz gewaltig zu, diesmal besonders in dem Artikel »Mathematik mitten im Leben«. Drei-, Vier- und Sechsecke sind mir durch mein Mathematikstudium bekannt. Aber ein »Recheck« ist sicher ein ganz neues Gebilde, was erst in den letzten Jahren entdeckt wurde! Also war mein Interesse geweckt und ich habe aufmerksam weiter gelesen. Und siehe da, die Entwicklung macht auch vor so trivialen Dingen wie Rechtecken und Vielecken nicht halt. Durch falsche Sil-

bentrennung kann man weitere bisher unbekannte Flächen schaffen.

Gleich an drei Stellen hat die automatische Silbentrennung zugeschlagen und aus den »Fünfecken« »fün-fecken« gemacht. Zählt man den kleinen Patzer der Buchstabenvertauschung von »wie« zu »wei« noch dazu, würde es auch wieder nur zur Note 3 reichen.

Nun habe ich Bammel, den Artikel zu versenden. Meinen Deutschlehrer, Herrn Peltsch kann ich leider nicht mehr bitten, diesen Artikel unter Benutzung des Rotstifts Korrektur zu lesen. Bei meinem Schreibprogramm habe ich zwar die Rechtschreibprüfung aktiviert, aber auch das schützt nicht vor Fehlern. Moderne Programme »denken« mit und bieten nach der Eingabe der ersten Buchstaben Wörter an, die der Autor eventuell meinen könnte.

Also passen Sie auf, daß der PC nicht zum Co-Autor mutiert.

MARGIT LAUTERBACH

Anmerkung der Redaktion: Es könnte schlimmer sein und es wäre schlimmer, würde nicht wenigstens bei einem Teil der Artikel unser fleißiges »Korrekturkollektiv« drüberschauen. Übrigens gilt in der BBP die sog. alte Rechtschreibung.

Wir nehmen den Fehde-Handschuh an

In der vorigen Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« haben wir unsere Reise in die Stadt Lenins »Leningrad« angekündigt. Es sei kurz gesagt, daß unsere Erwartungen an die Feierlichkeiten und Treffen mit Sankt Petersburgern weit übertroffen wurden.

Nicht nur die Ereignisse um den 100. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution waren beeindruckend und überzeugend in ihrer Darstellung, vielmehr waren es die Menschen, mit denen wir zusammentrafen. Es waren nicht nur einfach die Russen, die uns nach Bekanntwerden, daß wir deutsche Kommunisten sind, herzlich begrüßten. Es war viel mehr: wißbegierige Leute, die von uns alles über unser Land wissen wollten und dafür ihre wertvolle Zeit verwendeten.

So nahm die Stadtleitung der in St. Petersburg rund 1.600 Mitglieder zählenden Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF) gern unsere Grußadresse (BBP 11/2017) entgegen. Ihre Vorsitzende, gleichzeitig Stadtduma-Fraktionsvorsitzende der KP, Olga Archipovna fand trotz vieler Verpflichtungen Zeit für Gespräche mit uns. Als Dankeschön erhielten wir Einladungen zur zentralen Veranstaltung der KPRF im großen Saal des Oktoberclubs im Zentrum der Stadt, wo es auch Begegnungen mit Persönlichkeiten unseres Landes (z.B. Egon Krenz) und Genossen aus anderen Städten und Ländern gab. Adressenaustausche auf der Straße gehörten dazu. Höhepunkt der Festwoche war das Meeting auf dem

Leninplatz am Finnländischen Bahnhof mit anschließender Kampf-Demo zur »AURORA«, wo die Tribüne für die Abschlußkundgebung aufgebaut war. Mit der Übergabe der Dokumente an Jungkommunisten, Grußadressen aus den Betrieben, Vortrag von Versen Majakovskis und von jungen Poeten verbreitete sich eine regelrechte revolutionäre Stimmung. Vielfach skandierten die Demonstranten den Ruf »Lenin lebt!« und »Dem Sozialismus gehört die Zukunft!«. Rot war der Nachthimmel vor der hell erleuchteten »AURORA« durch die unzähligen mitgeführten roten Fahnen und Transparente. Mit einem angemessenen Feuerwerk endete die insgesamt disziplinierte friedliche Demonstration.

Der Kongreß mit 103 kommunistischen und Arbeiterparteien zu Beginn der Festwoche fand im Smolny statt, jenem Ort, von dem aus der II. Sowjetkongreß vor 100 Jahren aus Lenins Mund an die Völker der Welt verkündete: »Die sozialistische Revolution hat gesiegt!«, »Wir bieten den sofortigen Frieden an allen Fronten an!«, »Grund und Boden gehören dem Volk«. Die Bolschewiki hatten die Masse des Volkes auf ihrer Seite. Die friedliche Aufbauarbeit unter Führung einer Arbeiter- und Bauernregierung sollte beginnen... Aber viele noch lange nicht besiegte Feinde im Inneren des Landes und ausländische Aggressoren ließen den Sowjetstaat nicht zur Ruhe kommen, warfen immer wieder den Fehde-Handschuh in den Ring.

Unter der roten Fahne der Bolschewiki konnte eine Weltmacht aufgebaut werden, bis.... Wir wissen es jetzt: Allzu mächtig war (ist) die Bourgeoisie bis auf den heutigen Tag. Der noch zu junge Sozialismus hat viele Niederlagen einstecken müssen. Aber der Kapitalismus ist nicht das Ende der menschlichen Gesellschaft; die Lehren unserer Klassiker und die mehr als 100-jährige Geschichte ihrer Existenz sind bis in die Gegenwart gültig.

Wir haben die Aufgabe, unter den jetzigen Bedingungen das Wissen um die Richtigkeit der Lehren erneut, und um viele Erkenntnisse bereichert, umzusetzen. Schaufeln wir mit unseren Kräften die von ruchlosen Kriegstreibern täglich aufs Neue aufgeworfenen Gräben zu! Und wir haben starke Freunde!

HELMUT BRAUNSCHWEIG,
Freund der Völker Rußlands



Foto: HELMUT BRAUNSCHWEIG

Mülheim dreimal anders 2018

Zum dritten Mal geben die Sozialistische Selbsthilfe Mülheim (SSM) und der MachMit! e.V. einen hochwertigen Kalender mit besonderem Blick auf Köln-Mülheim heraus: »Mülheim dreimal anders«. Der Erlös fließt in das soziale Bauprojekt »Neue Arbeit statt Hartz IV«. »Am Faulbach« werden bisher Ausgegrenzte Wohnung und Arbeit finden. In der SSM-Ge-

meinschaft werden sie ihren Lebensunterhalt mit dem Secondhand-Möbelverkauf, dem Betreiben einer Veranstaltungshalle und eines Cafés erwirtschaften. Der Kalender (DIN A3 quer) kostet 15 Euro und ist beim SSM erhältlich. Mehr Informationen und einen Blick in den Kalender gibt es unter www.ssm-koeln.org.

HEINZ WEINHAUSEN

ODE an Anonymos & Co.

Früher war nicht alles besser, aber grundsätzlich anders ... in den Ostgebieten der expandierten BRD. Fehlentwicklungen hätten reformiert werden können, wenn da nicht die Gier nach Westgeld, Westautos-Südfrüchten-Pornos und sonstigen Freiheiten und Glückseligkeiten der westlichen Wertegemeinschaft die Gehirne berauscht hätte.

Deutsche Bundeswehrmachtssoldaten verteidigen diese Werte inzwischen all over the world als Verteidigungsarmee. Der wahre Auftrag ist anonymos – okay! Und die Strategie der Ideologen lautet nach wie vor »Kampf um Herz und Hirn – Manipulation«.

Nun, die »Barnimer Bürgerpost« verkörpert die tatsächliche Pressefreiheit und gibt demokratiebewußten Bürgern die Möglichkeit ihre Meinung zu äußern, was in der üblichen Berichterstattung anderer Medien durch Zensur und Themenvorgabe kaum möglich ist. Sie gibt nachdenkenden Bürgern die Möglichkeit sich zu äußern, selbst Heckenschützen wie ANONYMOS und nichtparteigebundenen Leuten wie mir, die gerne in der unvollkommenen DDR gelebt haben.

Meinungsaustausch auf sachlicher Ebene kann Vorurteile entkräften, Wir laden euch ein zum Dialog! RotFuchs-Grüße

ECKHARD LAURICH

Jeden 1. Montag im Monat von 16 -19 Uhr
im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio
Eberswalde, Puschkinstraße 13, Raum 2.25.

Wir »ROTfUCHS« Leser
laden herzlich ein
zum Meinungsaustausch
lesen · nachdenken · diskutieren · mitbestimmen

RotFuchs-Förderverein e.V.
Regionalgruppe Eberswalde/Umgebung
Kontakt: www.rotfuchs.net
E-Mail: eberswalde@rotfuchs.net
oder Tel. 01742755932

Kundschafter des Friedens

Am Freitag, dem 8. Dezember, um 19.30 Uhr zeigt der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 Joachimsthal im kommunalen Kino den Film »Kundschafter des Friedens« (Deutschland 2017). Der Eintritt beträgt 6 Euro.

Der Pensionär Jochen Falk (Henry Hübchen) hat als ehemaliger DDR-Kundschafter schon einige Missionen hinter sich. Für aktive Spione des BND sowie ihren Vorgängern hat er nicht viel Verständnis. Doch nun klopft der BND an seine Türe und bittet um seine Hilfe. Falk soll einen entführten Präsidenten einer ehemaligen Sowjetrepublik in Katschekistan aufspüren. Falk willigt ein – unter einer Bedingung: Er möchte mit seinem alten Team der »Kundschafter des Friedens« zusammenarbeiten. Mit dabei: Michael Gwisdek, Antje Traue, Thomas Thieme und Winfried Glatzeder.

GISBERT AMM

Der deutsche Michel

*Der deutsche Michel läßt's nicht krachen.
Stets hat er mit sich selbst zu tun.
Der deutsche Michel läßt sie machen,
Und revolutionäre Kräfte ruh'n.*

*Der deutsche Michel hat Termine.
Diese nimmt er täglich wahr.
Andere machen scharf die Mine,
Brennen auf Krieg mit Haut und Haar.*

*Der deutsche Michel geht ins Kino,
Schaut montags »Wer wird Millionär«.
Der deutsche Michel denkt beim Vino:
»Protestieren, kämpfen; viel zu schwer!«*

*Der deutsche Michel pflegt und hegt sein Heim,
Sein Auto, seine Pflanzen, seinen Urlaubsplan.
Der deutsche Michel wirft seine Stimme ein:
„Ich hab gewählt und damit ist genug getan.“*

*Der deutsche Michel verkennt die Gefahren.
Die lauern nicht nur im Atom.
Der deutsche Michel: »Gott wird uns bewahren.
Rundrum kracht's; was macht das schon?«*

*Der deutsche Michel schweigt und denkt:
»Es wird mir nichts passieren«.
Der deutsche Michel verführt, gelenkt.
Tut sich nicht echauffieren.*

*Der deutsche Michel muß sich wehren.
Die Freiheit wird sonst abgeschafft.
Der deutsche Michel muß endlich aufbegehren,
Dann wird das Volk zur wahren Macht!*

RAINER KROBOTH

Jeden Tag ein Anschlag

Ich bin fast 94 Jahre alt und habe noch einige Fragen, da ich ja nicht dumm sterben will!

Fast täglich höre ich schon morgens aus meinen Radiowecker die furchtbaren Informationen über Selbstmordattentäter, mit vielen Toten und Verletzten, egal in welcher Ecke dieser Welt. Die Nachricht scheint wichtig, denn zugleich wird ja verkündet, daß Verdächtige gefaßt wurden – also Sicherheit aktiv.

Wenn am folgenden Tag mal kein Anschlag zur Verfügung steht, dann werden die gestern Verdächtigten wieder freigelassen und neue eingesperrt. Würde uns nicht etwas fehlen, wenn wir diese Informationen nicht bekämen?

Wenn jeden Tag berichtet würde: Heute sind wieder tausend Kinder verhungert, die Schuldigen dafür werden aber nicht gesucht und schon gar nicht eingesperrt! Wer produziert denn die Patronengürtel? Die Rüstungsindustrie wird doch daran beteiligt sein und Schnäppchen anbieten für Heimarbeiter.

Ich warte darauf, daß mein Radiowecker mich bald aufweckt mit dem Lied: Wacht auf Verdammte dieser Erde, die stets man nur zum Hungern zwingt! Ein wenig Zeit habe ich ja noch! Ihr könnt ja schon mal die »Internationale« auswendig lernen – rät die rote Oma.

ELISABETH MONSIEG

Es war einmal...

Ein Eberswalder Kabarett

von Dr. Steffen Peltsch

Fast alle Pointen hatten wir »übernommen«. Und zwar aus Programmen der Berliner »Distel«, dem berühmten Hauptstadt-kabarett. Da es in Eberswalde die gleichen Probleme gab wie in Berlin und überall im Lande, war es leicht, einen lokalen Bezug herzustellen. Wenn die »Distel« die Betonburgen in Marzahn als »Arbeiterintensivhaltung« bezeichnete, lag es nahe, auch die monotonen Gebäude des Reimann-Viertels so zu nennen. Und schimpften die Berliner über die verdreckte Spree, taten wir es über den verseuchten Finowkanal. Auch in der mehr oder weniger deutlichen Kritik an der trostlosen Presseberichterstattung, in unseren Attacken auf die Verdatschung der Landschaft und in der Bloßstellung ideologischer Heuchelei bedienten wir uns aus Texten der »Distel«, die »zum Spaß / blühet in der Friedrichstraße ...« (Plakattext).

Nach einem Auftritt beim PÄKULEI (Pädagogisch-kulturellem Leistungsvergleich) hörte für uns der Spaß auf, den wir einem Haus voller Lehrer bereitet hatten. Das Lehrerkabarett »Pädagogischer Unrat« (EOS Eberswalde) war von einer wachsam Kollegin einer anderen Schule, Blockfreundin der LDPD, bei der SED-Kreisleitung denunziert worden. Von wegen mangelnder Parteilichkeit. Die Dame hat längst das Zeitliche gesegnet, dennoch sollte man sich ihrer erinnern, wenn, was vorkommt, über die latente Verweigerungsposition der Ost-Liberalen gefaselt wird.

Die SED-Bezirksleitung stellte eine »operative Brigade« zusammen. Ein Panzer sollte die Maus zerquetschen, sozusagen. Vier Super-genossen aus Frankfurt rückten an wegen einiger Keckheiten, die alles in allem nicht mehr als drei Minuten Sprechtext umfaßten und in Berlin allabendlich, quasi Aug in Aug mit dem Politbüro, über die Bühne gingen.

Nach einem dreistündigen Gespräch, zu dem die drei Parteimitglieder des »Unrats« eingeladen worden waren, löste sich die Kabarettgruppe auf. Ungezwungen kapitulierend, weil gute Argumente an bitterböser Dummheit abprallten. In Berlin, so der Brigadeleiter, ein Mensch mit einem Dativproblem, kämen viele Bundesbürger ins Kabarett, denen man »unseren« offenen Umgang mit Schwierigkeiten vorführen müsse. Das aber sei für den DDR-Bürger nicht vonnöten, denn diesen offenen Umgang erlebe er täglich...

»Jetzt aber verlaßt ihr dem Klassenstandpunkt«, polterte der Brigadier, als einer von uns dreien fragte, ob es eine Sorte von Kleinkunst für Westdeutsche und eine für Eberswalder gebe. Da war klar! Schluß mit lustig.

Dabei hatte der »Unrat« durchaus einen gewissen Ruf. Auf einem DDR-weiten Treffen der Lehrerkabarette in Leipzig hatten wir, zusammen mit den »Hinterwäldlern« aus Suhl, einen

ersten Platz errungen, worüber die »Deutsche Lehrerzeitung« und das Fachorgan »Szene« ausführlich in Wort und Bild berichteten. Die Jury schickte uns mit besten Wünschen für weitere erfolgreiche Arbeit zurück in die preußische Provinz. In Sachsen geadelt, zu Hause getadelt... Es gab Auftritte in Beeskow, Boitzenburg, Frankfurt/O. und Freienwalde, und wir gaben unser Programm, das wir auf spezielle Probleme unserer »Kundschaft« zuschnitten, vor Walzwerkern, der Ärzteschaft der Stadt und Förstern.

Und wir genossen es, wenn spontaner Beifall an den richtigen Stellen kam, was uns ermunterte und bestätigte. Und wir wunderten uns, daß selbst eigentlich unzumutbare Darbietungen klatschend quittiert wurden. Gemeint sind unsere Gesangsnummern. Nur einer der Truppe, allerdings der Schönste, war mit einer passablen Stimme gesegnet, bei allen anderen entartete zu Singendes zum Rufen. Ewiges üben änderte daran nichts, da wir aber einige der fetteren Pointen in Songtexten untergebracht hatten, mußte es sein. Und siehe, die Leute meinten, es sei so gemeint – eine fabelhafte Erfahrung.

Es blieb nicht aus, daß die fünf Scherz- und Schmeubolde zu dem wurden, was heute als »eingeschworenes Team« bezeichnet würde. Zusammenkünfte zum Zwecke der Textfindung, Proben und Auftritte waren Gemeinschaftlichkeiten, an denen die anderen Kollegen nicht teilhaben konnten, und das hatte Neid und Mißgunst zur Folge. Als das große Aus kam, gab es klammheimliche Freude bei dem einen und der anderen. Und wir hatten keine Gelegenheit mehr, uns mit einer handfesten Nummer zu wehren.

Alles lange her. Renate, die die Sexbombe gab, ist verstorben, Christa und die Männer rentnern und kriegen ab und zu Erinnerungsanfälle. Schöne Jahre mit dem »Unrat«, aber nicht alles war gut in der DDR.

Barnimer Kulturpreis

Kreisverband und Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Barnim schreiben den Barnimer Kulturpreis 2017 aus. Der Preis ist auch diesmal mit 750 Euro dotiert. Das Preisgeld wird von Mitgliedern der Kreistagsfraktion und dem grünen Landtagsabgeordneten Axel Vogel gestiftet. Bewerben können sich ehrenamtlich tätige Kulturschaffende, Vereine und Initiativen, die bereits über einen längeren Zeitraum zur Bereicherung des kulturellen Angebotes im Landkreis Barnim beitragen. Die Bewertung erfolgt durch eine Jury, bestehend aus bündnisgrünen Kreistagsabgeordneten und Vertretern aus dem Barnimer Kulturbereich.

KARL-DIETRICH LAFFIN



Foto: JUDITH JACOB

Nicht die Erde ist das Zentrum des Weltalls. Vielmehr ist sie ein zerbrechlich kleiner, durch das Vorhandensein von Wasser blau erscheinender Planet. Auch unser Sonnensystem befindet sich nicht im Zentrum des Weltalls. Es liegt eher abgelegen in einem der Spiralarme unserer Galaxis. Aber für viele Mitglieder unseres Kunstvereins ist die Zainhammermühle der Mittelpunkt ihrer Welt.

Deutlich wird das am erneut quantitativ und qualitativ gewachsenen Angebot an Veranstaltungen. Alle fünf Ausstellungen waren sehr gut besucht. Den Auftakt gaben INGRID CONSTANCE und HANS VAN HERWIJNEN aus Holland. Hierbei entstand auch ein Kontakt zum Kulturring und Kunstkreis Rhauderfehn, der in den kommenden Jahren Früchte tragen wird. Seien Sie gespannt auf die Ergebnisse!

Gleich sieben fast immer ausverkaufte Konzerte sorgten für eine tolle Stimmung im Atelier unterm Dach. Die Reihe der Mühlenkonzerte hat sich in Eberswalde herumgesprochen. Das freut uns umso mehr, da die Stadt wahrlich nicht arm an guten Musikveranstaltungen ist.

Und nicht zu vergessen die zahlreichen Kurse bei denen Mitglieder und Gäste zarte Traumfänger oder Papierobjekte basteln, urige Holzskulpturen schnitzen oder sägen und Werkzeuge schärfen konnten. Hatten Sie nicht schon immer mal Lust, sich künstlerisch zu betätigen? Ihre Ideen und Wünsche könnten in der Mühle wahr werden. Es gilt jedoch immer die Regel: wer eine Idee hat, muß sie auch

organisieren. Die Voraussetzungen dafür sind jedoch gut. Dank Ihrer Treue und Unterstützung ist die Zainhammermühle so intakt wie nie. Dafür möchten wir uns mit diesem Kalender herzlich bedanken, und Ihnen ein glückliches und erfolgreiches Jahr 2018 wünschen. Gleichzeitig freuen wir uns darauf, Sie im kommenden Mühlensommer in unserem Universum wiederzusehen.

Dr. ECKHARD GROLL

Mühlenkalender 2018

Den Mühlen-Kalender 2018 haben wieder Sponsoren finanziert. Der Verkaufserlös – 5 Euro pro Stück – wird wie in jedem Jahr für die notwendigen Arbeiten am Denkmal Zainhammermühle verwendet. Die Bilder dafür wurden aus den Werken der gleichnamigen Gemeinschaftsausstellung durch eine Jury von Besuchern ausgewählt. Die zwölf am häufigsten genannten Werke waren: 1. Stefanie Rose: Heimat; 2. Dr. Kerstin Kunkis: Winter in Bertsdorf; 3. Eberhard Kröger: Mühle im Frühjahr; 4. Jörg u. Tim Swodenk: Maulechse; 5. Marlies Wolff: Mühle in Vehlefanz; 6. Janin Pangsy: Himmel; 7. Ben Kamberi: Akt in Rot; 8. Christine Raddecke: Olivenbaum auf Samos; 9. Ines Frank: Kommen u. Gehen; 10. Stephanie Turzer: Herr Baron; 11. Klaus Deutsch: Ikarus; 12. Lisa Swodenk: Andere Welt.

Der **17. WeihnachtsKUNSTmarkt**, auf dem auch der Kalender verkauft werden wird, findet traditionell am 2. Adventssonntag (**10. Dezember**, ab 10 Uhr) in der Zainhammermühle statt.

Nach Redaktionsschluß in letzter Minute:

Vertrauliche Mitteilung aus dem Bundespräsidialamt

Verordnung des Bundespräsidenten über die Auflösung des Bundestages:

Nachdem sich die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit als nicht möglich herausgestellt hat, löse ich auf Grund des Artikels 25 der Verfassung den Bundestag auf, ...

Berlin, den 6. Dezember 2017

Der Bundespräsident Steinmeier

Sie, liebe Leser, glauben das nicht? Sie halten das für eine »Ente«? Recht haben Sie! Dieser Satz steht am Anfang der Verordnung des Reichspräsidenten von Hindenburg vom 1. Februar 1933. Man muß nur »Bundestag« durch »Reichstag« ersetzen. Er bezieht sich auf Artikel 25 der Reichsverfassung. Damit war der Reichstag aufgelöst. Der erste Februar 1933, das war der zweite Tag nach der sogenannten Machtergreifung durch die NSDAP am 30. Januar 1933.

Sie werden mir jedoch Recht geben müssen: Die Situation im Deutschland von heute ist derjenigen vor 84 Jahren durchaus vergleichbar. Deshalb frage ich mich und uns alle: Wieviel Tage, Wochen, Monate sind wir noch von einem neuen »Tag der Machtergreifung« entfernt?

Wir sind uns sicher einig; Ein »Machtwort« ist bitter nötig! Kein Widerspruch? Oder doch?

JOHANNES MADEJA

Eberswalde wächst

Auf ihrer diesjährigen Klausurtagung* möchte DIE SPD-Fraktion der Stadt Eberswalde ihre Arbeit der vergangenen Klausurtagung fortsetzen und darüber sprechen wie der Wachstum und die Entwicklungen in dieser Stadt im positivsten Sinne für die Bürgerinnen und Bürger genutzt werden können. Dabei soll vor allem ein gemeinsames Brainstorming mit den Gästen stattfinden, um mögliche Problemfelder zu identifizieren und Chancen greifbar zu machen. Es geht nicht um ein konkretes Ergebnis, sondern um einen produktiven gemeinsamen Prozeß.

Aus Sicht von DIE SPD-Fraktion möchten wir uns dem Thema »Eberswalde wächst« aus der Perspektive von drei Feldern nähern.

1. Bauliche bzw. die technische Infrastruktur

Bereits die letztjährige Klausurtagung widmete sich diesem Feld des Stadtwachstums. In der Zwischenzeit wurden unter anderem Projekte wie das Parkhaus am Bahnhof angeschoben. Auch die Arbeit der AG Flächennutzungsplan ist äußerst aufschlußreich. Gemeinsam wollen wir diskutieren wo wir stehen und was es noch für Möglichkeiten gibt. Von großem Interesse ist auch, welche zukünftigen Sanierungsarbeiten bzw. Bauvorhaben bei der WHG bereits in Planung sind.

2. Sozio-kulturelle Infrastruktur der Stadt

Im Verlauf dieses Jahres hat sich DIE SPD-Stadtfraktion u.a. mit den Themen der Sanierung von Sanitäranlagen in Kitas und deren Kapazitäten im Allgemeinen, einem weiteren Jugendclub und einer Jugenddisco befaßt. Der Beschluss zum Bau der Waldsportanlage stellt bereits einen großen Meilenstein auf dem Weg zu einem verträglichen und positiven Wachstum der Stadt dar. Die Sanierung der Schulen wird sicherlich ein weiterer wichtiger Schritt. Welche Schritte müssen wir noch gehen?

3. Sicherheit

Mit dem Thema Sicherheit möchten wir erstmals auch eine der Folgen von Wachstum betrachten. Mehr Einwohner bedeutet oft auch mehr Kriminalität. Zwar ist die Polizei Landessache, jedoch müssen wir uns überlegen, was wir mit den Mitteln der Stadt Eberswalde zur Sicherheit in der Stadt, aber auch zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger beitragen können. Welche Rolle kann dabei das Ordnungsamt spielen? Sind vielleicht Kooperationen mit privaten Sicherheitsfirmen sinnvoll? Haben wir überhaupt ein Problem bei der Wahrnehmung der Sicherheit in der Stadt?

Gemeinsam mit Gästen und unseren Mitgliedern der Ortsvereine möchten wir zunächst die richtigen Fragen finden, bevor wir nach Antworten suchen.

HARDY LUX

* Die Klausurtagung der Fraktion DIE SPD im Bahnhofstreff Finow fand am 2.12. nach Redaktionsschluß statt. Gäste der Klausurtagung waren die Baudezernentin Anne Fellner, Sozialdezernent Dr. Jan König sowie WHG-Geschäftsführer Hans-Jürgen Adam.

Herzlichen Glückwunsch



80
Jahre



Albrecht Triller

Wir wünschen Dir nachträglich alles Gute zum Deinem runden Geburtstag.

Deinem wachen und immer kritischen Geist und noch mehr Deinem praktischen Tun hat die »Barnimer Bürgerpost« viel zu verdanken, als Autor und als Vorstandsmitglied unseres Vereins. Wir hoffen, daß wir noch viele Jahre aus Deinem Wissen und Deinen Erfahrungen schöpfen können. Bleib gesund. Für uns und vor allem für Deine Frau und Deine große Kinder- und Enkelschar. Wir sagen Dir Danke

Dr. MANFRED PFAFF

(Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.)

GERD MARKMANN

(Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«)

Anzeige

Liebe Maria Benditz

*viermal rund geht's diesjahr zu,
das gibt's nur einmal im langen Leben
Drum genieße es und laß uns einen heben
aufs neue Lebensjahr in unsrer Rund
wichtig ist: Du bleibst gesund*

herzliche Glückwünsche

zum 88. Jahr

von den fünf Gleichgesinnten Deiner Gruppe

Bahnhofstreff Finow, Bahnhofstr. 32

Montag, 11. Dezember, 14 Uhr:

»Hübsche Sterne zur Adventszeit«

Kreativ-Café für jedermann. Falten, Kleben und Gestalten in gemütlicher Runde bei Punsch und Kerzenschein.

Donnerstag, 14. Dezember, 12 Uhr bis 16 Uhr:

Adventsmarkt in der Bibliothek

Bücher, heiße Getränke und kleine Adventsüber-
raschungen.

Volkssolidarität Barnim e.V.

Anzeige



Mulch total – Ein Weg in die Zukunft

Von KURT KRETSCHMANN und RUDOLF BEHM

256 Seiten mit 91 Farabbildungen,

13 Diagrammen und 6 Tabellen

Format 14,8 x 21,0 cm. Softcover.

OLV – ORGANISCHER LANDBAU VERLAG KURT WALTER LAU

ISBN 978-3-922201-18-2

In allen Buchhandlungen erhältlich!

Wandertips

von BERND MÜLLER

14. Weihnachtswanderung

Dienstag, 26. Dezember, 2. Weihnachtsfeiertag,
Lug ins Land, Wasserfall und Froschmaul

Die Wanderung führt uns bereits im 14. Jahrgang durch den Cöthener Wald über die Berge zu Froschmaul und Lug ins Land. An der Park-Hütte im Park Carl von Jena Kaffeerast geplant. Rückweg zum Mon Choix. Wandergeschwindigkeit 3km/h, ca. 2,5 Stunden.

Treff: 13.30 Uhr Waldgaststätte Mon Choix,
Cöthener Weg 4, 16259 Falkenberg

14. Silvesterwanderung

Sonntag, 31. Dezember, Wanderung auf den höchsten Berg Ostbrandenburgs, ca. 2 Stunden

Die Wanderung führt uns durch den herrlichen Winterwald auf den Semmelberg, dem mit 158 m höchsten Berg Ostbrandenburgs. Durch schönen Nadelbaumwald geht es zurück. Kaffeerast eingeplant.

Treff: 13.30 Uhr Forsthaus Bodenseichen an der B 158 bei 16259 Bad Freienwalde

Neujahrspaddeln in Oderberg

Montag, 1. Januar 2018, Neujahr

Gemeinsam in das neue Jahr starten. Dazu lädt die Sektion Kanu »Kanuverleih Oderberg« der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. unter Leitung von Karsten Förster am Neujahrstag ein. Geplant ist eine kleine Ausfahrt auf der alten Oder mit dem Kanu, Gemütlichkeit am Lagerfeuer mit Glühwein, Kaffee, Kuchen und Gegrilltem. Eintritt Frei.

Treff: 14.00 Uhr Kanu Verleih neben Schiff »Ries«, Herrmann-Seidel-Str. 62, 16248 Oderberg

Anmeldung unter 03344/3002881 oder wander-
mueller@aol.com. Wenn nicht anders ange-
geben, werden folgende Organisationsgebühren
erhoben: Erwachsene 3 €, ermäßigt 1,50 €, Mit-
glieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland
e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg
kostenfrei.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- ☐ zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- ☐ Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ☐ ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- ☐ Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- ☐ Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: ☐ per Bankeinzug ☐ per Rechnung

IBAN _____ BIC _____ Bank _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach
Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____
Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in _____

☐ Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 29. November 2017

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.
Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 10. Januar 2018.